



Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Uni-Report

6. Dezember 1989 · Jahrgang 22 · Nr. 12

Millionenprogramm für Studentenunterkünfte

Zehn bis zwölf Millionen Mark will die Stadt Frankfurt im nächsten Haushaltsjahr bereitstellen, um die Wohnungsnot der Studierenden zu lindern. Voraussetzung sei, daß das Land Hessen einen gleichen Betrag zum Bau von Studentenunterkünften beisteuere, sagte Oberbürgermeister Dr. Volker Hauff während einer Pressekonferenz im Römer. Er wies darauf hin, daß diese Aktion in der Bundesrepublik bisher einmalig sei, denn die Stadt sei für die Studentenwohnungen eigentlich nicht zuständig.

Universitätspräsident Prof. Dr. Klaus Ring dankte der Stadt für ihr Angebot. Er sei zuversichtlich, daß der Hessische Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Gerhardt entsprechende Zusagen einlösen würde.

Wie aus der Staatskanzlei zu erfahren war, hat das Kabinett in der vergangenen Woche beschlossen, im Doppelhaushalt 1990/91 je 30 Millionen Mark bereitzustellen. Dazu kommen Bundesmittel in Höhe von ebenfalls 30 Millionen pro Jahr.

Planungsdezernent Stadtrat Dr. Martin Wentz erläuterte die Vorschläge des Magistrats, die eine bessere Versorgung der Frankfurter Studentinnen und Studenten mit Wohnraum zum Ziel haben:

1. Förderungsprogramm Studentenwohnungen

Der Magistrat hat der hessischen Landesregierung am 3. November 1989 angeboten, sich in erheblichem Umfang mit städtischen Mitteln an einem Wohnbauprogramm zu beteiligen, falls das Land ein Förderungsprogramm für diesen Zweck auflegt und entsprechend ausstattet. Dieses Programm soll in Analogie zum sozialen Wohnungsbau geführt werden. Private Investoren haben für eine Wohnungsbauförderung dieser Art Interesse gezeigt. Eine Belegung der Wohnungen würde durch das Studentenwerk erfolgen. Die vom Land dafür eingesetzten Mittel dürfen natürlich nicht zu einer Verminderung der Förderungsmittel für den sozialen Wohnungsbau in Frankfurt führen.

2. Studentenwohnungen im Industriefeld Hausen

Zur Zeit wird ein Bebauungsplan für den Industriefeld Hausen auf-

gestellt. In ihm sollen auch Wohnstandorte im Industriefeld gesichert werden. An der Tilsiter Straße könnte ein ca. 8geschossiges Haus mit Studentenwohnungen entstehen.

Das Gelände ist im Eigentum der Bundesvermögensverwaltung. Wir gehen davon aus, daß es deshalb kurzfristig und vorrangig für ein solches Bauvorhaben zur Verfügung stehen kann. Die Stadt ist mit diesem Ziel gegenüber der Bundesvermögensverwaltung initiativ geworden.

3. Niederurseler Hang

Zwischen der Universität und dem Magistrat wird zur Zeit die Planung für den Bau von 250 Wohnheimplätzen in Fertigbauweise am Niederurseler Hang abgestimmt. Diese Wohnheimplätze lassen sich kurzfristig (ca. 1/2 Jahr) und kostengünstig erstellen.

4. Gebäude und Grundstücke im Sanierungsgebiet Bockenheim

Der Magistrat hat der Universität und dem Studentenwerk die Grundstücke Kleine Seestraße 11 und Homburger Straße 30 zum Kauf angeboten; außerdem die Liegenschaft Fröbelstraße 6-8 einschließlich der Zusage auf Förderung der notwendigen Modernisierung aus Sanierungsmitteln. Einzelheiten werden derzeit zwischen dem Studentenwerk und dem Amt für kommunale Gesamtentwicklung und Stadtplanung geklärt.

5. Personalwohnheim Schleusenweg

Dieses Gebäude wird zur Zeit noch teilweise für Schwesternwohnungen genutzt. Die Eigentümerin ist die städtische Aufbau AG. Städtischerseits bestehen gegen die Umnutzung als Studentenwohnheim keine Einwände. Eine solche Veränderung der Nutzung kann direkt zwischen den zuständigen Landesstellen abgestimmt werden.

6. Baumöglichkeiten in den Gebieten, für die gerade Architektenwettbewerbe laufen

Auf großen Flächen im Ostend an der Howaldtstraße und auf dem Gelände des landwirtschaftlichen Vereins wird zur Zeit in Architektenwettbewerben Wohnungsbau vorbereitet. Hinzu kommen in Kürze die Flächen an der Oskar-von-Miller-Straße. Darüber hinaus bereitet das Planungsdezernat z. Z. einen Wett-

bewerb für Wohnungsbau auf dem Gelände des alten Schlachthofes vor. Der Magistrat ist bereit, in den Wohnungsbauprogrammen für diese Flächen jeweils auch anteilig Studentenwohnungen vorzusehen.

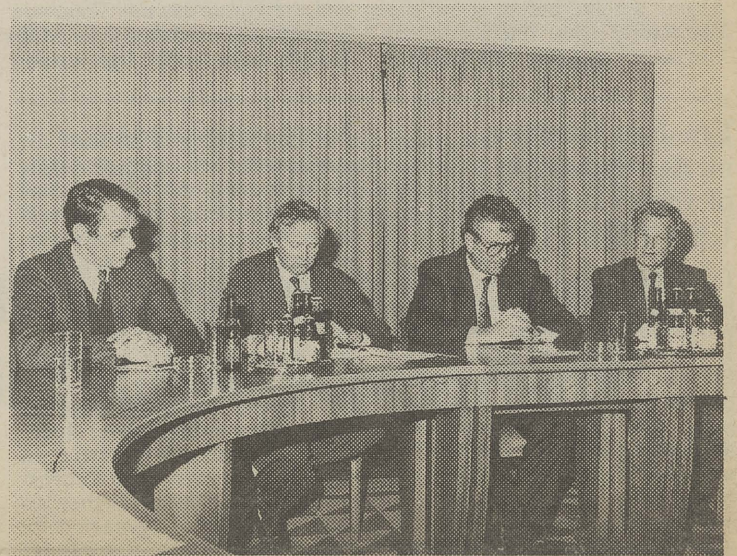
7. Aufgelassene Wendeschleife der Straßenbahn Gießener Straße

Der Magistrat hat kürzlich ein für Studentenwohnungen geeignetes Gelände — die ehemalige Wendeschleife der Straßenbahn nördlich des Hauptfriedhofes, zwischen Gießener Straße und Homburger Landstraße — dem Lande Hessen im Tausch gegen Gewerbegebietsflächen angeboten. Das Gelände liegt sehr günstig nahe der Haltestelle U-Bahn 5.

Finanzwirtschaft und Steuern

Die fünfte Vortragsveranstaltung aus der Reihe „Die Universität stellt sich vor“, die gemeinsam von der Industrie- und Handelskammer Frankfurt und der Universität durchgeführt wurde, stieß abermals auf reges Interesse. Mehr als 300 Besucher aus Wirtschaft, Verbänden und der Universität fanden am 14. November im Großen Saal der IHK Frankfurt Platz. Die Professoren Gebauer, Engels, Mellwig und Biehl berichteten über ihre Forschungen auf den Gebieten „Zinsstrukturpolitik“, „Die Zukunft der Finanzmärkte“, „Steuerlast und Unternehmensfinanzierung“ und „Reform der EG-Finanzverfassung“.

Der Präsident der IHK, Dr. Hans Messer, begrüßte es, nach den vorangegangenen Veranstaltungen mit überwiegend naturwissenschaftlich/technischen Themen Gelegenheit zu einem Einblick in die wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Arbeiten der Universität zu bekommen. Anlässlich des 75jährigen Bestehens der Universität ging Universitätspräsident Prof. Dr. Klaus Ring in seinem Grußwort auf die Geschichte der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten ein. Die Akademie für Handels- und Sozial-



In einer gemeinsamen Pressekonferenz am 21. November informierten Stadt und Universität über die Wohnraum der Studierenden. Das Foto zeigt v.l.n.r. Christian Francke-Weltmann (Geschäftsführer des Studentenwerks), Stadtrat Dr. Martin Wentz, Oberbürgermeister Dr. Volker Hauff und Universitätspräsident Prof. Dr. Klaus Ring.

wissenschaften, gestiftet von Wilhelm Merton, war 1914 ein Eckpfeiler der neugegründeten „Königlichen Universität Frankfurt am Main“. Der Präsident wünschte, daß diese Veranstaltung den Informationsaustausch zwischen Universität und Wirtschaft fördern helfe. Er wies darauf hin, daß die Universität für die Kontaktvermittlung zwischen Hochschule und Wirtschaft die Beratungsstelle für Wissenstransfer eingerichtet habe.

Anschließend sprach Prof. Dr. Wolfgang Gebauer vom Institut für Öffentliche Wirtschaft, Geld und Währung zum Thema Zinsstrukturpolitik und beleuchtete u. a. die Rolle einer Zentralbank, die durch die Steuerung der kurzfristigen Zinssätze auch die langfristigen beeinflusst, denen wiederum eine wichtige Rolle für Investitionen in Sachkapital und damit für den Konjunkturverlauf zugesprochen wird. Dieser Zusammenhang entwickelte sich in den letzten Jahren zu einem internationalen Forschungsschwerpunkt. Den Ausführungen von Prof. Dr. Wolfram Engels, Institut für Betriebswirtschaftslehre, zufolge bestanden Disziplinen wie die Bankbetriebslehre oder die Versicherungslehre vor zwan-

zig Jahren weitgehend in einer Beschreibung dessen, was in der Praxis vorgeht. Das habe sich seither geändert. Die Finanztheorie, die inzwischen entstanden ist, erlaubt Prognosen über die Entwicklung der Märkte und damit auch Ratschläge darüber, wie sich Finanzinstitute an diese Entwicklung anpassen oder sie vorwegnehmen können. Dies wurde am Beispiel der Beziehungen einer Bank zu den Anlegern einerseits und zu den Investoren andererseits erläutert. Prof. Dr. Winfried Mellwig vom Institut für Betriebswirtschaftslehre sprach sich für eine Reform des Steuersystems aus, die sich aber nicht in der Beseitigung diskriminierender Belastungen, wie z. B. der Gewerbesteuer, erschöpfen darf, sondern den Gemeinden kompensierende Steuerquellen erschließen muß. Dabei ist nach Ansicht von Prof. Mellwig die weithin favorisierte Wertschöpfungssteuer aus der Sicht der Unternehmen kaum akzeptabel, da Investitionshemmnisse aufgrund höherer Kapitalkosten bestehen bleiben. Ausgangspunkt der Überlegungen von Prof. Dr. Biehl, Institut für öffentliche Wirtschaft, Geld und Währung, war die Vermutung, daß es nicht immer „mangelnder politischer Wille“ sein muß, was Fortschritte bei der Europäischen Integration verzögert oder zu unerwünschten Ergebnissen führt, sondern daß als Ursache ebenfalls eine lückenhafte und unausgewogene Fi-

Aus dem Inhalt:

Goethe-Plakette für Alfred Schmidt	Seite 2
Afrikanforschung in Frankfurt	Seite 3
Ringvorlesung zur Wissenschaftsgeschichte	Seite 6
Festakt zum 75. Geburtstag der Universität	Seite 7 ff

(Fortsetzung auf Seite 2)

Goethe-Plakette an Professor Alfred Schmidt

Am 20. 11. 1989 hat Oberbürgermeister Volker Hauff dem Philosophen und Soziologen Alfred Schmidt (Fachbereich Philosophie) im Limpurg-Saal des Römers die Goethe-Plakette der Stadt Frankfurt verliehen. In seiner Laudatio würdigte Hauff Alfred Schmidt als „einen der großen Denker unserer Stadt“, dessen Wirkung weit über den Raum der Hochschule hinausreiche. Der seit mehr als 30 Jahren in Frankfurt tätige Philosoph, Schüler von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, stehe in der Tradition der berühmten Frankfurter Schule, führe deren Kritische Theorie aber in selbständiger und zeitgemäßer Weise weiter. Bereits mit seiner Dissertation „Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx“ habe Schmidt einen eigenständigen Akzent gesetzt, indem er auf die Bedeutung des menschlichen Umganges mit der Natur einge-

gangen sei. Auch die ebenfalls dem Naturbegriff gewidmete Studie über Goethe zeuge von einer Sensibilität für solche Fragen, deren Aktualität sich gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Umweltkrise zeige. Hauff hob hervor, daß die Goethe-Plakette mit Alfred Schmidt einer Persönlichkeit verliehen werde, die das geistige Leben der Stadt Frankfurt bereichere und zu ihrem Selbstverständnis beitrage.

In seiner Dankesrede ging Prof. Schmidt vor allem auf seine Beziehung zu Goethe ein. Er betrachte den Namen des Dichters auf der Plakette nicht als bloßen Zierat, sondern sehe darin eine Verpflichtung. In zweierlei Hinsicht vor allem habe Goethe für ihn Bedeutung: Zum einen durch dessen fundamentale Einsicht, daß die Natur das uns Tragende bleibe, und sich daher jeder Mißbrauch ihrer Kräfte irgendwann

rächen müsse. Zum anderen beeindruckte Goethe durch die Weite seiner Persönlichkeit, die alle Einseitigkeiten und starren Festlegungen ausschließe. Schmidt sagte weiter, er scheue sich nicht, seine Beziehung zu dieser Persönlichkeit mit dem „altmodischen Wort ‚Ehrfurcht‘“ zu bezeichnen.

Prof. Dr. Alfred Schmidt wurde 1931 in Berlin geboren. Er studierte in Frankfurt Geschichte, englische und klassische Philologie, daneben und später Philosophie und Soziologie, 1960 promovierte er mit der erwähnten Arbeit über Marx, lehrte von 1964–1972 an der Frankfurter Akademie für Arbeit und wurde 1972 Professor für Philosophie und Soziologie am Fachbereich Philosophie.

Schwerpunkte seines Schaffens bilden Tradition und zeitgenössische Weiterbildung der Kritischen Theorie, die Geschichte des Materialismus sowie der deutsche Idealismus und seine nachidealistische Kritik. In zahlreichen Veröffentlichungen hat sich Alfred Schmidt u. a. mit geschichtsphilosophischen Fragen im Umkreis des historischen Materialismus, mit zentralen Themen der Kritischen Theorie und mit Problemen der Religionsphilosophie auseinandergesetzt. Zu einzelnen Denkern hat Schmidt umfangreiche Arbeiten vorgelegt. Hier sind besonders seine Studien zu Goethe, Schopenhauer, Feuerbach, Marx und Horkheimer zu nennen. Prof. Schmidt war auch als Übersetzer tätig und hat u. a. die meisten Schriften Herbert Marcuses aus dem Englischen übertragen. Er ist Mitherausgeber der gesammelten Schriften Max Horkheimers. Neben seiner Tätigkeit in Lehre und Forschung und seinen publizistischen Aktivitäten ist Alfred Schmidt ein vielgefragter Referent auf Kongressen und in der akademischen Erwachsenenbildung. Matthias Jung



Oberbürgermeister Dr. Volker Hauff überreichte die Goethe-Plakette an Professor Dr. Alfred Schmidt. Foto: Lutz Kleinhans

Ein Jahr Studium an der University of Iowa / Iowa City USA 1990/91

Im Rahmen des Austauschprogramms des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften mit dem College of Business Administration der University of Iowa werden im Studienjahr 1990/91 erstmals zwei Studenten der Betriebs- beziehungsweise Volkswirtschaftslehre ohne Studiengebühren an der University of Iowa studieren können. Die Studenten werden als „graduate student“ im MBA-Programm studieren können. Die Unterbringung in einem Studentenwohnheim wird, sofern gewünscht, garantiert. Das Austauschprogramm mit der University of Iowa wird im Rahmen des DAAD-Programms „Integriertes Auslandsstudium“ gefördert. Jeder der beiden Studenten wird ein monatliches Stipendium zur Deckung der Lebenshaltungskosten (ca. 800 DM), einen Reisekostenzuschuß sowie eine Primär-Krankenversicherung erhalten.

Bewerbungsvoraussetzungen:

mindestens vier abgeschlossene Fachsemester und bestandene Zwischenprüfung zum Zeitpunkt der Abreise; sehr gute Studienleistungen; sehr gute englische Sprachkenntnisse: Die University of Iowa verlangt ein TOEFL-Resultat von 600 Punkten. Kenntnisse der amerikanischen Landeskunde. Die Bewerbungsunterlagen, zu denen unter anderem zwei Hochschullehrergutachten sowie in englischer Sprache ein Lebenslauf, die Aufstellung bisher erworbener Leistungsnachweise und besuchter Lehrveranstaltungen sowie eine ausführliche Begründung für den geplanten Studienaufenthalt in Iowa gehören, sind erhältlich bei: Diplom-Volkswirt Johannes Müller, Institut für Kapitalmarktfor-schung, Zeppelinallee 29, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon 069 / 798 - 26 69. Bewerbungsschluß: 15. Dezember 1989.

Die nächste Ausgabe von Uni-Report

im Wintersemester 1989/90 erscheint am 20. Dezember. Redaktionsschluß ist am 11. Dezember um 12. Uhr.

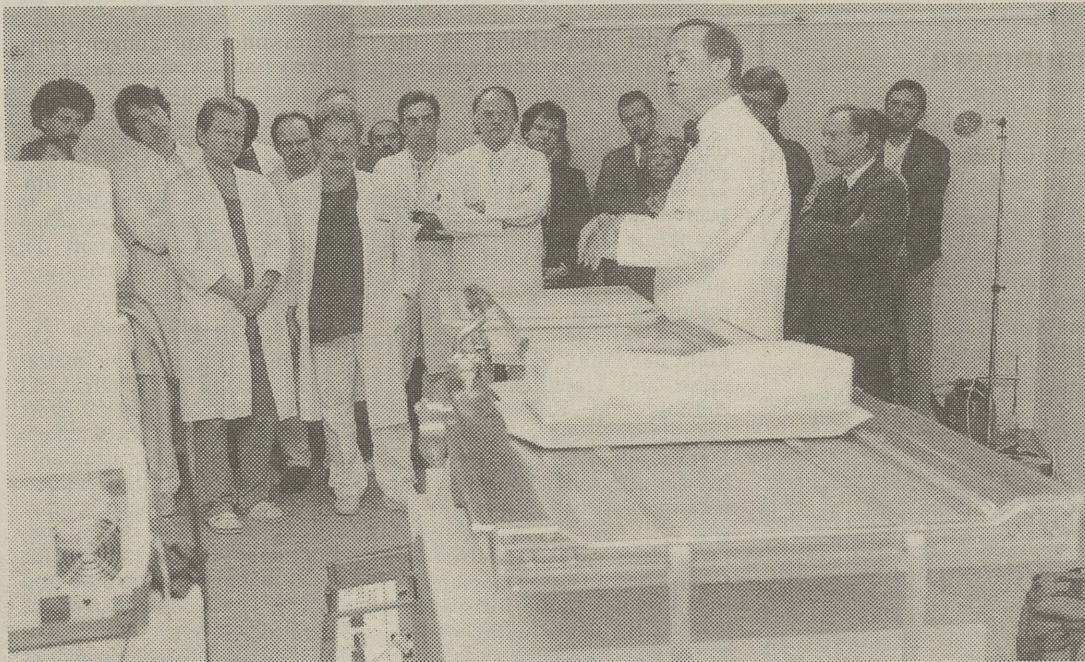
Uni-Report steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitgliedern für Veröffentlichungen zur Verfügung.

... und Steuern

(Fortsetzung von Seite 1)

nanzverfassung in Betracht kommen kann. Seine wichtigsten Schlußfolgerungen betreffen die Abschaffung der Unterscheidung zwischen obligatorischen und nichtobligatorischen Ausgaben, die Aufhebung des Rechts, ausgabenwirksame Beschlüsse durch Fachministerräte zu fassen, sowie die Ausstattung der Gemeinschaft mit einem direkten Besteuerungsrecht.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, daß eine derartige Zusammenarbeit zwischen Universität und Wirtschaft in beiderseitigem Interesse ist. Neben dem Transfer neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse bekommt die Hochschule durch den Kontakt zur Praxis Anregungen für Forschung und Lehre.



In den vergangenen Wochen wurde im Klinikum ein neuer Lithotripter in Betrieb genommen. Dabei handelt es sich um ein Erprobungsgerät der Firma Storz, mit dem außer Nieren- auch Gallensteine zertrümmert werden können. Es wird daher in Ergänzung zu dem bereits seit 5 Jahren betriebenen Nierenlithotripter eingesetzt. Damit sind am Klinikum alle Voraussetzungen zum Aufbau eines interdisziplinären Steinzentrums geschaffen. Die hier vorhandenen medizinischen Erfahrungen in der Zertrümmerung von Nierensteinen — das Klinikum war das erste Krankenhaus in Hessen, an dem ein Nierensteinzertrümmerer installiert wurde — und in der Anwendung verschiedener Behandlungsmethoden bei Gallensteinen — in der perkutanen transhepatischen Spühlbehandlung von Gallensteinen haben die Frankfurter Gastroenterologen sehr große Erfahrungen — empfehlen das Frankfurter Universitätsklinikum als idealen Standort für ein interdisziplinäres Steinzentrum. — Professor Dr. Wolfgang Caspary, Leiter der Abteilung Gastroenterologie, erläuterte bei der Einweihung das neue Gerät. Der Patient muß nicht wie bisher in einer „Badewanne“ liegen, sondern wird auf dem oben abgebildeten Tisch behandelt. Da das neue Verfahren fast schmerzfrei ist, kann die Behandlung von Gallenblasensteinen ohne oder nur mit leichtem Schmerzmittel erfolgen. Die Zertrümmerung der Steine erfolgt durch Stoßwellen, die außerhalb des Körpers erzeugt werden. Die Behandlung dauert etwa 40 Minuten. Die Steinreste werden in den folgenden Monaten durch Medikamente aufgelöst.

Promotionsstipendien

Seit 1984 ermöglicht es der Josef Buchmann-Stipendienfonds Doktoranden der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu fördern, deren Dissertationsthema im Rahmen von gemeinsamen Forschungsvorhaben zwischen Wissenschaftlern der Universitäten Frankfurt am Main und Tel Aviv bearbeitet wird, wobei kürzere oder längere Aufenthalte an der Universität Tel Aviv notwendig sind (z. B. wegen der dort vorhandenen wissenschaftlichen Einrichtungen und Bibliotheken, im Rahmen empirischer Studien oder wegen der Beratung durch dortige Professoren).

Daneben fördert der Josef Buchmann-Stipendienfonds auch Dissertationsvorhaben Frankfurter Doktoranden, die Fragen des Judentums in Deutschland und des Verhältnisses von Deutschen und Juden behandeln.

Für Bewerbungen, die fortlaufend entgegengenommen werden, sind neben einem tabellarischen Lebenslauf und beglaubigten Hochschulabschlußzeugnis eine Beschreibung des Promotionsvorhabens und des derzeitigen Arbeitsstandes (5–7 Seiten), je ein Gutachten des betreuenden und eines weiteren Professors so-

wie ein Sprachzeugnis über ausreichende englische Sprachkenntnisse erforderlich. Die Unterlagen sollen in Englisch vorgelegt werden. Informations- und Korrespondenzstelle für den Josef Buchmann-Stipendienfonds ist die Graduiertenförderungsstelle in der Abteilung Studentische Angelegenheiten, Bockenheimer Landstraße 133, OG., Raum 501, Telefon 0 69 / 7 98-22 35, Sprechzeit: Mo.—Fr. 9.00 bis 12.00 Uhr (Postanschrift: Johann Wolfgang Goethe-Universität, Abteilung Studentische Angelegenheiten, Graduiertenförderungsstelle, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt am Main 11).

DFG-Mittel

Die DFG hat Prof. Dr. Max Matter (Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie) eine Sachbeihilfe für das Projekt „Zum Wandel des Deutschen- bzw. Deutschlandbildes der türkischen Bevölkerung im Verlaufe der Geschichte der Arbeitsmigration in die BRD“ bewilligt.

Die DFG hat Dr. Thomas G. Ohm (Morphologie; Frankfurt), Prof. Dr. Björn Lemmer (Pharmakologie; Frankfurt) und Dr. Jürgen Bohl (Neuropathologie; Mainz) eine Sachbeihilfe bewilligt. Sie unterstützt damit das interdisziplinäre Forschungsprojekt „Korrelative histopathoanatomische, rezeptorautoradiographische und neurochemische Untersuchungen zur neuronalen Signalübertragung bei Demenzen (Schwerpunkt: Morbus Alzheimer)“. Es sollen drei Fragenkomplexe geklärt werden: 1) Wie stehen funktionelle Veränderungen zu histopathologischen in zeitlichem Bezug? 2) Ob und welche lamina- und zellbezogene morphologische Veränderungen mit welchen funktionellen Veränderungen korrelieren? 3) Ob und in welchem Maß die Veränderungen auf Rezeptorebene mit Veränderungen der Post-Rezeptorebene (second-messenger) gekoppelt sind?

UNI-REPORT

Zeitung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. Herausgeber: Der Präsident der Universität Frankfurt am Main.

Redaktion: Reinhard Heisig, Pressestelle der Universität, Senckenberganlage 31, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt am Main 11, Telefon: (069) 7 98 - 25 31 oder 24 72. Telex: 4 13 932 unid f. Telefax (069) 798-8383.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, 6000 Frankfurt 1.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Uni-Report erscheint alle zwei Wochen am Mittwoch mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 15 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt am Main verteilt.

Afrikaforschung in Frankfurt

Obwohl zwei sehr bedeutende Afrika-Forscher in Frankfurt lebten — Hiob Ludolf (1624—1704), den man mit Recht als den Begründer der äthiopischen Studien in Europa bezeichnen kann, und Eduard Rüppell (1794—1884), der große Naturforscher und Ethnologe, deren Nachlässe Glanzstücke der Senckenbergischen Bibliothek und der Stadt- und Universitätsbibliothek sind — haben die afrikanischen Studien bis zu Beginn dieses Jahrhunderts keine Wurzeln in Frankfurt geschlagen. Sie fehlten auch, als 1914 die Universität Frankfurt gegründet wurde.

Das änderte sich erst, als Leo Frobenius sein bis dahin aus privaten Mitteln unterhaltenes Forschungsinstitut von München 1925 nach Frankfurt verlegte. Es wurde — und so ist es bis heute geblieben — als selbständiges Institut der Universität verbunden. Die Aufgaben des Instituts, das bis 1945 den Namen „Institut für Kulturmorphologie“ führte, waren damals die gleichen wie heute: Die Erforschung der afrikanischen Kultur und Geschichte.

Frobenius gab den afrikanischen Studien in Frankfurt entscheidende neue Impulse. Diese trugen oft erst nach Jahren ihre Früchte. Dazu gehörte vor allem die Errichtung eines stark auf Afrika ausgerichteten Instituts (zunächst Seminars) für historische Ethnologie der Universität im Jahre 1957. Seine mit der des Frobenius-Instituts und der des Museums für Völkerkunde vereinigte Bibliothek zählt heute ca. 80 000 Bände, von denen sich 30 000 auf Afrika beziehen.

Ein weiterer Schritt war die Schaffung eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten „Sondersammelgebiet Afrika“ (6,31) in der Stadt- und Universitätsbibliothek im Jahre 1964. Mit weit über 100 000 Bänden, die die unterschiedlichsten kulturellen Aspekte dieses Erdteils behandeln, ist sie heute eine der größten Afrika-Bibliotheken der Welt.

Dazu gehört weiter die Errich-

tung einer Institutscharakter tragenden Professur für afrikanische Sprachwissenschaften (1985).

Afrikanische Studien blieben jedoch nie nur auf diese Institutionen beschränkt. Seit den 50er Jahren fanden auch Forschungen und Vorlesungen an einer ganzen Reihe von anderen Instituten statt. Gemeinsame Forschungsreisen und gemeinsame Seminare, die Afrika zum Gegenstand hatten, wurden durchgeführt.

Das gilt z. B. für die Institute für physische Geographie, für Kulturgeographie und für Wirtschaftsgeographie, von denen Forschungen in Äthiopien, Nigeria, Kamerun, Angola, Uganda und in der Zentralafrikanischen Republik unternommen wurden. Das gilt weiter für die Institute für Romanische Sprachen und Literaturen und für England- und Amerika-Studien, wo man sich in zunehmendem Maße mit den modernen afrikanischen Literaturen und modernen Verkehrssprachen beschäftigt.

Weiter sind zu nennen die Arbeiten des Instituts für ländliche Strukturforchung, des Seminars für Vor- und Frühgeschichte und in jüngster Zeit auch des Botanischen Instituts.

Die immer stärker werdende Zusammenarbeit dieser Institutionen führte schließlich im Juli 1988 zur Errichtung eines Sonderforschungsbereichs (268) der Deutschen Forschungsgemeinschaft an dieser Universität und damit der offiziellen Etablierung eines Afrikazentrums. Unter dem Thema „Naturraum, Kulturentwicklung und Sprachgeschichte in der westafrikanischen Savanne“ sind zunächst 12 Teilprojekte der unterschiedlichsten Disziplinen zusammengefasst.

So haben sich insgesamt 13 Institute und Institutionen vereinigt, um zur 75-Jahrfeier alle diese Aktivitäten in unterschiedlicher Form zu dokumentieren die ja einen nicht unwesentlichen Teil des wissenschaftlichen Volumens unserer Universität bilden: Senckenberg, Frobenius-Institut,

Ländliche Strukturforchung, Agrarpolitik, Historische Ethnologie, Afrikanische Sprachwissenschaften, Englische und Romanische Sprachen und Literaturen (Moderne afrikanische Literatur), Physische Geographie, Kulturgeographie, Wirtschafts- und Sozialgeographie, Sonderforschungsbereich „Westafrikanische Savanne“ und last not least die Stadt- und Universitätsbibliothek, die die Räume, viel bemerkenswertes Material und viele Hilfen zur Verfügung stellte. Schließlich durften zwei sehr für Afrika engagierte Museen — das Städtische Museum für Völkerkunde in Frankfurt und das Deutsche Ledermuseum in Offenbach — nicht fehlen. So wurde das eine Ausstellung mit einem sehr breiten Spektrum des Dargestellten: Zeichnungen, afrikanische und deutsche Maleien und Felsbilder, Bücher und Broschüren, Karten, Tabellen und Luftbilder, und viele schöne Gegenstände, die die ganze Kreativität der „traditionellen“ afrikanischen Kunst, aber auch die des modernen Handwerks und Kunsthandwerks beweisen.

Einen interessanten Katalog verkauft die Stadt- und Universitätsbibliothek.

EIKE HABERLAND



Bis zum 16. Dezember sind in der Stadt- und Universitätsbibliothek (B-Ebene der U-Bahn-Station) Dokumente zur Afrikaforschung zu sehen. Die Zeichnung von Alf Beyerle aus dem Jahre 1935 zeigt ein Gedächtnismal der Konso (Süd-Äthiopien).

Sowjetische Führungskräfte zu Besuch im Fachbereich Rechtswissenschaft

„Auslandserfahrung — Investition in die Zukunft“. Unter diesem Motto besuchten 17 Direktoren, Betriebsleiter und Wissenschaftler aus der Sowjetunion, die sich anlässlich des Seminars „Management und Marketing für Führungskräfte aus sowjetischen Unternehmen und Wirtschaftseinrichtungen“ der Carl-Duisberg-Gesellschaft in der Bundesrepublik aufhielten, am 20. November 1989 den Fachbereich Rechtswissenschaft. Im Rahmen eines umfangreichen Informations- und Schulungsprogramms in Unternehmen und Hochschulen diente die Visite an der Johann Wolfgang Goethe-Universität der Einweisung in die Grundzüge des bundesdeutschen Wirtschaftsrechts.

Nach einer kurzen Darstellung des Fachbereichs Rechtswissenschaften durch den Dekan, Prof. Dr. Manfred Weiss, erläuterte Prof. Dr. Helmut Kohl den Gästen aus der Sowjetunion die Strukturen des Gewerblichen Rechtsschutzes. Prof. Dr. Eckhard Rehbinder gab eine Einführung in das Urheberrecht im internationalen Privatrecht, und Prof. Dr. Joachim Mertens referierte über Eigentum im Gesell-

schaftsrecht. Bei den Vorträgen, beispielsweise über das Patent- und Lizenzrecht oder das Aktienrecht, wurden durch die Fragen der Seminarteilnehmer und in den darauffolgenden Diskussionen tiefgehende, in den unterschiedlichen Rechtsordnungen und Denkstrukturen begründete Verständnisschwierigkeiten deutlich. Die gegenseitigen Versuche, sich gedanklich an das jeweilige andere System anzunähern, hätten ein breiteres Publikum verdient gehabt. Gerade Ökonomen und Manager aus der Bundesrepublik hätten für eine spätere Zusammenarbeit mit sowjetischen Unternehmen viele interessante Anregungen empfangen und „Auslandserfahrungen“ sammeln können.

Gegenseitiges Verständnis und Kooperation waren auch die Themen, die der Universitätspräsident, Prof. Dr. Klaus Ring, in das Zentrum seiner kurzen Ansprache bei seiner Begrüßung der Gäste aus der Sowjetunion stellte. Prof. Ring äußerte angesichts der Reformentwicklungen in Osteuropa die Hoffnung, daß Trennendes zwischen den Völkern mehr und mehr verschwinden werde. Das Gastgeschenk,

das ein Delegationsmitglied überreichte, ging auf diesen Wunsch direkt ein: ein bemalter Steinguttopf mit drei Löffeln als Symbol des Zusammenlebens und Aufeinanderangewiesenseins der Völker des Westens, des Ostens und der Dritten Welt.

THOMAS KREUDER

Cannes-Rolle

Für Werbetreibende ist die Cannes-Rolle längst ein Begriff. Sie ist schlichtweg die Sammlung der weltbesten Werbefilme überhaupt.

Für Marketingstudenten ist die Cannes-Rolle unumgänglich. Aber auch für diejenigen, die sich mit Werbung, Filmproduktion und Filmtheorie beschäftigen, bietet die Cannes-Rolle zahlreiche Anregungen und Denkanstöße.

Gemeinsam mit Herrn Joachim Kellner, Unternehmensberater und Lehrbeauftragter an der Universität, zeigt die Studenteninitiative MTP (Marketing zwischen Theorie und Praxis) die aktuelle Cannes-Rolle 88/89. Die Veranstaltung findet am Mittwoch, 6. Dezember 1989, 17.00 Uhr, im Hörsaal VI statt.

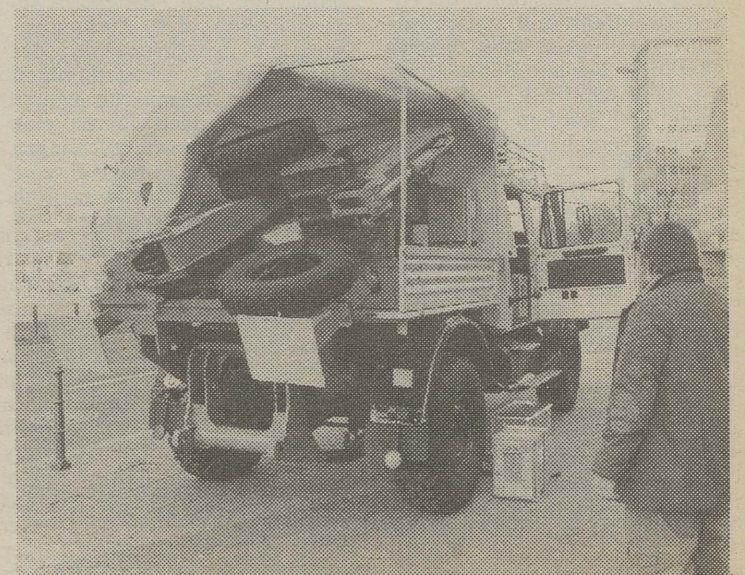
Stadt- und Universitätsbibliothek:

Neue Telefonnummern

Im Rahmen der Erneuerung der Telefonanlagen der Stadtverwaltung Frankfurt ändern sich ab dem 8. Dezember 1989 auch die Telefonnummern der Stadt- und Universitätsbibliothek. Die einzelnen Hausanschlüsse bleiben zwar gleich; statt bisher 79 07 - ... ist jedoch in Zukunft 2 12 39 - ... zu wählen, wenn man über das Postnetz die StUB erreichen will (Beispiel: Die Auskunft erreichte man bisher über 79 07 - 205, in Zukunft über 2 12 39 - 205). Bei der direkten Anwahl aus dem Netz der Universität (bisher 133 - ...) ist in Zukunft die Nummer 1 32 39 - ... zu benutzen.



Am 20. November verließen zwölf Mitglieder der „Nigeria-crew“ des Sonderforschungsbereichs „Westafrikanische Savanne“ mit vier Mercedes-Geländewagen Frankfurt. Der große Schaufelbagger war schon einige Tage zuvor abgefahren. Sie fahren mit der Fähre über das Mittelmeer und werden in etwa zweiwöchiger Fahrt durch die Sahara den Nordosten von Nigeria, ihr eigentliches Arbeitsgebiet, erreichen. Fotos: Heisig



Gertrud Weismantel †

„Immer bleibt es dabei, daß die Reife auf der Kindheit lastet, sie unterdrückt, verstümmelt und entstellt. Ich warte auf eine Pädagogik, die wirklich die Kindheit bejaht als eine Epoche des menschlichen Lebens, ebenso glücklich und voll von Rechten wie jede andere.“

Diese Worte von Ortega y Gasset hat Gertrud Weismantel 1974 ihrer letzten großen Veröffentlichung vorangestellt, und für dieses Ziel hat sie sich bis zu ihrem Tod eingesetzt.

Vor drei Jahren, anlässlich ihres 70. Geburtstags, erschien an dieser Stelle eine eingehende Beschreibung ihres beruflichen Weges. Heute soll er noch einmal kurz ins Gedächtnis gerufen werden:

Schon mit 16 Jahren erkannte und formulierte sie ihre Kritik an der Schule und dachte über Verbesserungsmöglichkeiten nach. Der Einfluß des Elternhauses, vor allem des Vaters Leo Weismantel, und der nahe Kontakt zu dessen Arbeit förderte diese frühe Reife. Nach dem Abitur (1935) wurde Gertrud Weismantel Kindergärtnerin. Es folgen Jahre pädagogischer Praxis in Kindergärten, Hort, Heim und Schule sowie die Ausbildung zur Werklehrerin. Anschließend beginnt sie das Studium der Volkskunde, Kunstgeschichte und Pädagogik in Würzburg und München. Mit ihrer Promotion 1943 endet dieses eigenwillige, ganz auf den Erziehungsauftrag hin angelegte Studium.

Seit 1947 vertrat Gertrud Weismantel in der Hessischen Lehrerbildung zunächst das Fach Werken, sodann die Polytechnik. Erst als sie Ende der 60er Jahre erkennen mußte, daß auch dieses neue Fach nicht ihre pädagogischen Erwartungen erfüllen würde, zog sie sich aus dieser Arbeit zurück und widmete von da an ihre Lehrtätigkeit der Kunstpädagogik. 1982 wurde Frau Prof. Dr. Gertrud Weismantel emeritiert. Gelehrt hat sie bis zu ihrem Tode, der unerwartet plötzlich kam. Ihr letztes Vorhaben galt einem Puppenspiel, und das war mehr als nur Zufall. Sie hat die Entscheidung, das Puppenspiel aus dem Lehrangebot unseres Instituts zu streichen, nie akzeptiert. Der

Stellenmangel hatte diesen Schritt notwendig gemacht. Wäre es nach ihr gegangen, so hätte die Kunstpädagogik eher auf jedes andere Angebot verzichten müssen, da das Puppenspiel nach ihrer Ansicht, mehr als anderes kunstpädagogisches Handeln, „wirklich die Kindheit bejaht“.

(s. o.) Sie sah darin vor allem eine Ganzheitlichkeit, in der das Kind im Hantieren, Sehen, Sprechen und Hören die eigene Bildwelt spielerisch zum Ausdruck bringen und fremde Bildwelten erfahren kann.

Außer der Lehre widmete Ger-



trud Weismantel nach der Emeritierung ihre Kraft zunächst der „Leo-Weismantel-Gesellschaft e. V.“, die 1982 von ihr gegründet wurde. Sie hat die Aufarbeitung und Aktivierung des Lebenswerkes ihres Vaters zum Ziel. Höhepunkt dieser Arbeit waren die Veranstaltungen zum 100. Geburtstag Leo Weismantels im vergangenen Jahr. Er, der Dichter und Pädagoge, hatte als Linkskatholik im Dritten Reich seine Überzeugung mit Verhaftung und KZ bezahlen müssen. Aber auch nach 1945 wurde er um seine Rehabilitierung betrogen, denn seine Friedensaktivitäten lagen quer zur Politik der Adenauer-Ära. Sie kamen 30 Jahre zu früh.

Gertrud Weismantel hat den Weg ihres Vaters mitgetragen, und es ist ihr im vergangenen Jahr gelungen — dank der Stärke, Ausdauer und Überzeugungskraft

ihrer Person —, den tiefen Graben zu überbrücken, der zwischen ihrem Vater und seinen politischen Gegnern entstanden war.

Diese Arbeit wurde gerade vollendet, da widmete sie sich einer neuen Idee, die sie bis zuletzt beschäftigte und der noch am 4. November 1989 eine Tagung in Marktbreit gegolten hat: die Gründung eines Kinderkunstmuseums.

Es soll in einem Stockwerk des großen Schlosses dieser Stadt untergebracht werden, und die Sammlung Leo Weismantels ist als Grundstock vorgesehen. Gertrud Weismantel dachte allerdings — getreu ihrer pädagogischen Auffassung — keineswegs nur an die Aufstellung interessanter Exponate. Dem Museum sollen Räume für Seminare angegliedert sein, in denen Kinder und Erwachsene, Eltern und Pädagogen, gemeinsam künstlerisch praktisch arbeiten können. Ob und in welcher Form sich dieser Plan verwirklichen lassen wird, ist noch nicht abzusehen. Gertrud Weismantel, deren Begeisterungsfähigkeit für eine solche Idee andere mitreißen konnte, lebt nicht mehr. Sie starb am 9. November 1989.

Weiterwirken wird mit Sicherheit ihre Forderung, den Kindern in der Pädagogik mehr Recht für ihre eigene, kindgemäße Lebensform einzuräumen, denn Gertrud Weismantel hat unzählige Studentinnen und Studenten während ihrer 42jährigen Lehrtätigkeit von dieser Notwendigkeit überzeugen können. Einige werden die Kraft haben, diese pädagogische Forderung allem Erwachsenenegoismus und der Macht der Behörden entgegenzustellen. Frau Weismantel ist zusammen mit unserem Institut den Weg der Kunstpädagogik, vom Pädagogischen Institut Darmstadt, in Jugenheim an der Bergstraße, über die Hochschule für Erziehung und die Abteilung für Erziehungswissenschaften bis zur Integration im Fachbereich Klassische Philologie und Kunstwissenschaften gegangen. Wir, die Kolleginnen und Kollegen, Studentinnen und Studenten unseres Instituts, haben ihr viel zu danken.

Wolf Spemann

Ferdinand Brandecker †

Nach schwerer Krankheit ist Ferdinand Brandecker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Erziehungswissenschaften, am 28. Oktober 1989 im Alter von 62 Jahren gestorben. Ferdinand Brandeckers Berufsweg war untypisch für wissenschaftliche Tätigkeit an einer Universität. Er begann als Dreher in Frankfurt, war danach lange als Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt in Braunschweig und Saarbrücken tätig, erwarb über den zweiten Bildungsweg die Hochschulreife und nahm dann das Studium der Erziehungswissenschaften in Frankfurt auf. Hier waren seine Lehrer vor allem Hildegard Feidel-Mertz und Berthold Simonsohn. Den Schwerpunkt seiner Arbeit bildeten Forschungen zur Geschichte der Arbeiterkindheit, insbesondere die Erforschung der deutschen Kinderfreundebewegung.

Diese Schwerpunktsetzung spiegelte sich in seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter, die er zum 1. Januar 1973 am Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung aufnahm, wider: Es ist sein Verdienst, im Rahmen des DFG-Forschungs-

projekts „Pädagogisch-Politische Emigration 1933—1945“ die Sammlung, Sichtung und Dokumentation des Nachlasses von Kurt Löwenstein, Mitbegründer der Kinderfreundebewegung und herausragender sozialdemokratischer Bildungspolitiker der Weimarer Republik, geleistet zu haben. 1980 bis 1982 baute er die Pädagogische Arbeitsstelle: Sozialisation und Arbeiterbewegung (PASA) auf. Im Zusammenhang mit der Erforschung der Geschichte der Arbeiterkindheit und -jugend in Frankfurt legte er in den folgenden Jahren eine Reihe von Veröffentlichungen vor. In der Lehre verband er seine Veranstaltungen mit didaktisch sehr lebendigen Projekten und sprach damit viele Studierende an.

Wer ihn kannte, war beeindruckt von seinem Engagement, seinem aufrechten Verhalten und seiner Beharrlichkeit, sich für die Dinge einzusetzen, die er als wichtige erkannte — sei es im Personalrat der Universität, dem er langjährig als Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter angehörte, sei es im Institut und im Fachbereich. Trotz seiner Krankheit war es

Ferdinand Brandecker noch möglich, sich bis in seine letzten Tage mit Kollegen und Freunden im Gespräch auszutauschen. Wir verlieren einen Kollegen und Freund, der unermüdlich für Gerechtigkeit und eine menschlichere Gesellschaft eintrat. Wir werden ihn in Erinnerung behalten, wie er unter uns gelebt und gewirkt hat.

Heide Kallert

Hermann Schnorbach

Personalien

Wirtschaftswissenschaften

Dr. Joachim Merz hat sich für das Fach „Volkswirtschaftslehre und Ökometrie“ habilitiert. Ihm wurde die Bezeichnung „Privatdozent“ verliehen.

Psychologie

Dr. Klaudius R. Siegfried hat sich für das Fach „Psychologie“ habilitiert. Ihm wurde die Bezeichnung „Privatdozent“ verliehen.

Dr. Horst Krist wurde zum Wissenschaftlichen Assistenten ernannt.

Philosophie

Privatdozent Dr. Wolfgang Kuhlmann wurde die Bezeichnung „außerplanmäßiger Professor“ verliehen.

Neuere Philologien

Frank Fürbeth wurde zum Wissenschaftlichen Assistenten ernannt.

Dr. Christine N. Brinkmann, Akademische Oberrätin am Institut für England- und Amerikastudien, hat zum Herbst 1989 einen Ruf an die Universität Zürich angenommen. Sie wird dort einen neuen filmwissenschaftlichen Studiengang aufbauen.

Ost- und Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften

Dr. Stefan Leder hat sich für das Fach „Orientalistik“ habilitiert. Ihm wurde die Bezeichnung „Privatdozent“ verliehen.

Physik

Prof. Dr. Walter Greiner wurde zum Ehrenmitglied der „Loránd Eötvös Physical Society“ (Ungarn) gewählt.

Dr. Anneli Töpfer hat sich für das Fach Physik habilitiert. Ihr wurde die Bezeichnung „Privatdozentin“ verliehen.

Biologie

Dr. Matthias Schmidt wurde zum Wissenschaftlichen Assistenten ernannt.

Chemie

Dr. Reinhard Schmidt hat sich für das Fach „Physikalische Chemie“ habilitiert. Ihm wurde die Bezeichnung „Privatdozent“ verliehen.

Humanmedizin

Dr. Ulrike Blum (Zentrum der Chirurgie) hat sich für das Fach „Chirurgie“ habilitiert. Ihr wurde der Titel „Privatdozentin“ verliehen.

Dr. Hartmut Müller (Senckenbergisches Zentrum der Pathologie) hat sich für das Fach „Pathologie und pathologische Anatomie“ habilitiert. Ihm wurde die

Bezeichnung „Privatdozent“ verliehen.

Dr. Petra Maria Schumm-Draeger (Zentrum der Inneren Medizin) hat sich für das Fach „Innere Medizin“ habilitiert. Ihr wurde die Bezeichnung „Privatdozentin“ verliehen.

Dr. Peter Wilhelm Grützmacher wurde die Bezeichnung „Privatdozent“ verliehen.

Dr. Günter Germann (Klinik für Plastische und Rekonstruktive Chirurgie am Klinikum Merheim) hat sich für das Fach „Chirurgie“ habilitiert. Ihm wurde die Bezeichnung „Privatdozent“ verliehen.

Dipl. Phys. Dr. Heinz W. Gögelein (MPI für Biophysik Frankfurt) hat sich für das Fach „Physiologie“ habilitiert. Ihm wurde die Bezeichnung „Privatdozent“ verliehen.

Dr. Harald H. Klepzig (Zentrum der Inneren Medizin) hat sich für das Fach „Innere Medizin“ habilitiert. Ihm wurde die Bezeichnung „Privatdozent“ verliehen.

Dr. Ernst-H. Scheuermann (Zentrum der Inneren Medizin) hat sich für das Fach „Innere Medizin“ habilitiert. Ihm wurde die Bezeichnung „Privatdozent“ verliehen.

Privatdozent Dr. Erhard Meyer-Breiting (Zentrum der Hals-Nasen-Ohrenheilkunde) wurde die Bezeichnung „außerplanmäßiger Professor“ verliehen.

Privatdozent Dr. Jürgen Scherberich (Zentrum der Inneren Medizin) wurde die Bezeichnung „außerplanmäßiger Professor“ verliehen.

Prof. Dr. Dr. Robert Arnulf Wahl (Chefarzt der Chirurgischen Klinik am Bürgerhospital) wurde die Bezeichnung „außerplanmäßiger Professor“ verliehen.

Dr. Bernhard Lembcke (Zentrum der Inneren Medizin) hat sich für das Fach „Innere Medizin“ habilitiert (Umhabilitation). Ihm wurde die Bezeichnung „Privatdozent“ verliehen.

Dr. Gerd K. W. Schwietzer (Zentrum der Inneren Medizin) hat sich für das Fach „Innere Medizin“ habilitiert (Umhabilitation). Ihm wurde die Bezeichnung „Privatdozent“ verliehen.

Der Vorstand der Gesellschaft für Perinatale Medizin der DDR hat Prof. Dr. Volker von Loewenich, Leiter der Abteilung für Neonatologie des Zentrums der Kinderheilkunde, zum korrespondierenden Mitglied der Gesellschaft ernannt.

Prof. Dr. Albrecht M. Ehrly, Abteilung für Angiologie des Zentrums der Inneren Medizin, wurde auf dem „7th International Congress of Biorheology“ in Nancy/Frankreich zum Vizepräsidenten der „International Society of Biorheology“ gewählt.

Dr. Richard P. Baum, Abteilung für Nuklearmedizin des Zentrums der Radiologie, wurde in das wissenschaftliche Komitee der European Association of Nuclear Medicine berufen.

Frauenvollversammlung

Zur Diskussion des Entwurfs eines Frauenförderplans und eines Frauenratsmodells für die Universität Frankfurt lädt die Konventsfrauenkommission alle interessierten Frauen der Universität zu einer Frauenvollversammlung ein.

Sie findet **Donnerstag, 14. Dezember 1989, um 10.00 Uhr, in der Aula im Alten Hörsaalgebäude** statt.

Damit alle Frauen ihre Interessen selbst auf der Frauenvollversammlung vertreten können, empfiehlt der Präsident in einem Rundschreiben vom 13. November 1989 Studentinnen die Teilnahme zu ermöglichen ohne daß ihnen Beispielsweise bei Pflichtveranstaltungen Nachteile entstehen. Für die an der Universität beschäftigten Frauen ist mit dem selben Schreiben des Präsidenten Dienstbefreiung für die Teilnahme an der Veranstaltung in Absprache mit den direkten Vorgesetzten gewährt worden.

Friedrich Stummel 60 Jahre

Aus Anlaß des 60. Geburtstags von Prof. Dr. Friedrich Stummel veranstaltet der Fachbereich Mathematik am 15. Dezember 1989 ein Festkolloquium. Herr Stummel wurde am 29. November 1929 in Berlin geboren. Er studierte in Göttingen und Tübingen Mathematik, Physik und Philosophie. Zu seinen akademischen Lehrern gehören F. Rellich, C. L. Siegel, A. Weil und C.-F. von Weizsäcker. Die Diplomprüfung legte er im Juli 1954 ab und ging danach für zwei Semester ans Institut Henri Poincaré in Paris, wo er bei L. Schwartz studierte. In Paris lernte Herr Stummel auch seine spätere dänische Ehefrau kennen und beendete seine Doktorarbeit, mit der er kurz nach dem Tode seines Lehrers F. Rellich im November 1955 in Göttingen promovierte.

In der Zeit von Ende 1955 bis zu seiner Berufung 1964 nach Frankfurt hatte Friedrich Stummel eine Reihe von Positionen inne, auf denen häufig Pionierarbeit zu leisten war. So hatte er ab Dezember 1955 zunächst in der Reaktorgruppe des Max-Planck-Instituts für Physik in Göttingen und ab Herbst 1956 im Kernforschungszentrum Karlsruhe eine Rechengruppe aufzubauen und zu leiten, die vor allem mit numerischen Aufgaben aus dem Gebiet der Neutronenphysik und dem Bau des ersten deutschen Forschungsreaktors beschäftigt war. Im Frühjahr 1961 ging F. Stummel als wissenschaftlicher Mitarbeiter an das Hahn-Meitner-Institut und lehrte als Privatdozent an der TU Berlin, wo er sich im Sommersemester 1961 habilitiert hatte.

Im Jahre 1964 folgte Herr Stummel dem Ruf nach Frankfurt auf den Lehrstuhl für Angewandte und Instrumentelle Mathematik, wo er von 1964 bis 1973 auch Direktor des Zentralen Recheninstituts der Universität, des heutigen Hochschulrechenzentrums, und maßgeblich an dessen Aufbau beteiligt war. In den besonders schwierigen und unruhigen Jahren 1974/75 war er Dekan des Fachbereichs Mathematik. Seine wissenschaftliche Tätigkeit brachte ihm zahlreiche Einladungen zu Vorträgen und Gastaufenthalten in vielen Ländern der Erde. Zweimal erhielt er einen Ruf an andere Universitäten, die er aber beide Male zugunsten von Frankfurt ablehnte.

In seinen wissenschaftlichen Arbeiten hat sich F. Stummel von einem anfangs eher theoretischen, von der Funktionalanalyse geprägten Standpunkt später mehr anwendungsorientierten Fragestellungen zugewandt. Seine Arbeiten zeichnen sich einerseits durch eine große Breite aus, die sich vor allem in der Anzahl der von ihm bearbeiteten Teilgebiete der Numerischen Analysis verdeutlicht, andererseits durch die für einen der führenden Numeriker selbstverständliche Tief und Originalität. Eine der Stärken der Stummelschen Arbeiten liegt in der Verbindung vieler Einzelgebiete durch ein übergeordnetes theoretisches Verständnis der Numerischen Mathematik. Die ermöglichte F. Stummel neue Wege zu gehen und grundlegende Zusammenhänge in Gebieten aufzudecken, in denen man dies bis dahin nicht für möglich gehalten hatte. Die von F. Stummel bearbeiteten Gebiete der Angewandten und Numerischen Mathematik lassen sich wie folgt beschreiben:

- Funktionalanalytische Methoden zur Behandlung von Differentialoperatoren sowie Rand- und Eigenwertproblemen;
- allgemeine Funktionalanaly-

sis der Diskretisierungsverfahren;

— Diskretisierungsverfahren bei partiellen Differentialgleichungen und Behandlung von Gebietsstörungen bei Randwertproblemen;

— Methode der finiten Elemente (Konvergenz- und Approximationstheorie), insbesondere nichtkonforme finite Elemente;

— Rundungsfehleranalyse numerischer Algorithmen.

Zurück zu dem Gebiet, mit dem sich Friedrich Stummels Doktorarbeit beschäftigt. Mit dieser Arbeit aus der Göttinger und Pariser Zeit gelang ihm eine Neubegründung der Theorie der Schrödinger-Operatoren, die die weitere Entwicklung der Theorie maßgeblich geprägt hat.

Durch zahlreiche Arbeiten zur Funktionalanalysis von Diskretisierungsverfahren entwickelte F. Stummel die zugehörigen detaillierten abstrakten Strukturen linearer und nichtlinearer Abbildungen für verschiedene Klassen von Räumen und deren Anwendung auf Näherungsverfahren der Analysis. Als Anwendung dieser abstrakten Strukturen läßt sich auch die von ihm entwickelte Störungstheorie Sobolewischer Räume verstehen, die dann konkret auf Gebietsstörungen und die Methode der finiten Elemente (FEM) zur Lösung von Rand- und Eigenwertaufgaben elliptischer Differentialgleichungen angewendet wurde.

Im Gebiet der FEM gelang es Herrn Stummel, ein Gegenbeispiel zum sogenannten Patch-Test von Irons und Strang zu konstruieren, das nicht nur unter Mathematikern, sondern auch bei Anwendern in der Industrie erhebliches Aufsehen verursachte. Durch einen von Stummel gleichzeitig entwickelten verallgemeinerten Patch-Test wurde die Frage der Approximationseigenschaften und Konvergenz für



nichtkonforme finite Elemente durch eine notwendige und hinreichende Bedingung vom mathematischen Standpunkt aus vollständig beantwortet. Auf dieser Grundlage können heute die meisten von Ingenieuren entwickelten nichtkonformen Elemente auf ihre Konvergenzeigenschaften hin überprüft und speziellere hinreichende Konvergenzbedingungen erarbeitet werden.

In den letzten zehn Jahren hat sich F. Stummel vor allem der Rundungsfehleranalyse numerischer Algorithmen zugewandt. Noch im Jahre 1979 erschien im Jahrbuch Überblicke Mathematik eine Arbeit, die feststellte, daß die Verfolgung von Rundungsfehlerinflüssen durch eine Vorwärtsanalyse zu schwierig sei und sich deswegen die sogenannte Rückwärtsanalyse durchgesetzt habe. F. Stummel gebührt das Verdienst, eine Neubegründung der Rundungsfehleranalyse durch eine leistungsfähige Vorwärtsanalyse mit den zugehörigen funktionalanalytischen Be-

griffsbildungen erreicht zu haben. Heute ist man in der Lage, auch bei sehr großen linearen Gleichungssystemen, wie sie z. B. in der Methode der finiten Elemente entstehen, eine Vorwärtsanalyse des Rundungsfehlerverhaltens mitrechnen und so realistische Aussagen über die Genauigkeit der berechneten Lösung machen zu können.

„Last, but not least“ soll ein weiteres Interesse von F. Stummel genannt werden, nämlich die Diskrepanz zwischen der immer größer werdenden Leistungsfähigkeit der Rechner und der zur Verfügung stehenden Software auf der einen Seite und unseren Fähigkeiten zu ihrer Nutzung auf der anderen Seite zu verringern. Im Rahmen der Lehre soll auch Studenten der Umgang mit leistungsfähigen Software-Werkzeugen ermöglicht werden. Als Ergebnis steht heute an der Universität Frankfurt ein von ihm und seinen Mitarbeitern entwickeltes Betriebssystem für FORTRAN-Programmibibliotheken mit Namen NUMATH zur Verfügung. Sogar Benutzern ohne Programmierkenntnisse sind damit zahlreiche Programmibibliotheken zur selbständigen Benutzung erschlossen worden.

In jüngster Zeit bemüht sich die Arbeitsgruppe von Prof. Stummel verstärkt um das Studium und die Verwendung von Vektor- und Parallelrechnern. Für diese neue Generation von Computern benötigt man speziell an die Rechnerarchitektur angepaßte numerische Verfahren, die auch viele interessante neue Aufgaben für Stabilitätsuntersuchungen im Rahmen der Rundungsfehleranalyse stellen.

Die Themenstellungen der von ihm vergebenen Diplomarbeiten sind anwendungsorientiert und schließen die numerische Erprobung der Verfahren und die Entwicklung zugehöriger Computerprogramme als Teil der Aufgabenstellung mit ein. Es ist stets ein Ziel von F. Stummel, seinen Studenten auch praktische Kenntnisse für eine spätere Berufstätigkeit zu vermitteln. Die Zahl der in Frankfurt bis heute von ihm betreuten Diplom- und Staatsexamensarbeiten beträgt etwa 120. Zwanzig der Schüler von F. Stummel haben unter seiner Anleitung promoviert. Von seinen ehemaligen Studenten haben vier heute Lehrstühle an anderen deutschen Universitäten, einige weitere sind C2/C3-Professoren an Universitäten bzw. Dozenten an Fachhochschulen. Kollegen, Mitarbeiter und Studenten gratulieren Herrn Stummel zu seinem 60. Geburtstag, wünschen ihm sowie seiner Frau Gesundheit und langes Leben und noch viele Jahre fruchtbarer Tätigkeit.

H.-J. REINHARDT (Siegen)

Zwei Semester USA

Ehemalige Frankfurter Stipendiaten (Fulbright, DAAD, Milwaukee- und Trenton-Austausch) berichten über ihre praktischen Erfahrungen an amerikanischen Colleges und Universitäten im akademischen Jahr 1988/89 und beantworten Fragen über Studienbedingungen in Nordamerika sowie Bewerbungsverfahren und Ablauf der Auswahlgespräche bei den verschiedenen Stipendiengebern.

Zeit: Mittwoch, den 13. 12. 1989, 18.15 Uhr

Ort: Amerika Haus Frankfurt, Staufenstr. 1, Vortragssaal.
Veranstalter: Zentrum für Nordamerika-Forschung (ZENAF) in Zusammenarbeit mit dem Amerika Haus Frankfurt.



IHK-Präsident Dr. Hans Messer überreichte den Dissertationspreis an Dr. Hans-Joachim Böcking (Foto: Tadeusz Dabrowski)

Dissertationspreis der IHK verliehen

Den Dissertationspreis 1987 der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main (IHK) erhielt Dr. Hans-Joachim Böcking, Schüler von Prof. Dr. Adolf Moxter, für seine Arbeit „Bilanzrechtstheorie und Verzinlichkeit“. Mit dem Dissertationspreis für Wirtschaftswissenschaften, der alle zwei Jahre vergeben wird, erkennt die IHK herausragende Leistungen junger Wirtschaftswissenschaftler an.

Der Präsident der IHK, Dr. Hans Messer, überreichte den mit 5000 Mark dotierten Preis in einer Feierstunde am 23. November 1989. In seine Rede wies der Präsident darauf hin, daß die von der Kammer prämierten Forschungsergebnisse für die Wirtschaft einen praktischen Nutzen haben und in „verständlicher Sprache“ geschrieben sein müßten.

Nach einer Lehre als Industriekaufmann studierte Dr. Böcking Wirtschaftswissenschaften in Gießen und Frankfurt und legte im November 1982 das Examen als Diplomkaufmann an unserer Universität ab. Dr. Böcking war während seiner Promotionszeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Prof. Dr. Adolf Moxter tätig und arbeitet gegenwärtig an einer Habilitationsschrift über die wirtschaftliche Betrachtungsweise im Bilanzrecht.

Der Fachbereichsrat des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften hat die Arbeit von Herrn Böcking am 24. Juni 1987 auf Empfehlung von Prof. Dr. Adolf Moxter (Erstgutachter) und Prof. Dr. Winfried Mellwig (Zweitgutachter) mit der Note summa cum laude als wirtschaftswissenschaftliche Dissertation angenommen. Dr. Böcking untersucht in seiner Arbeit, wie sich Zinsen auf Bilanzansatz und Bilanzbewertung auswirken; dabei interessieren vor allem die vielfältigen Formen verdeckter Zinsen, Unter- und Überverzinslichkeit sowie Zinsvorauszahlungen und Zinsnachentrichtungen. Derartige, von der offenen, normalen und laufenden Verzinsung abweichende Sachverhaltsgestaltungen treten immer häufiger auf, nicht nur im Rahmen von sogenannten Finanzinnovationen, wie etwa der Zero-Bondse und der un- bzw. unterverzinslichen Optionsanleihen.

Prof. Dr. Adolf Moxter wies in seiner Rede anläßlich der Preisverleihung in der IHK darauf hin, daß mehrere überraschende

Abzinsungsurteile des Bundesfinanzhofs den unmittelbaren Anlaß für diese Doktorarbeit bildeten: Der Bundesfinanzhof forderte unter Hinweis auf Einzelvorschriften den (niedrigeren) Barwertansatz und nicht den (höheren) vollen Nennbetrag für Rückstellungen. Die Untersuchung von Dr. Böcking habe jedoch gezeigt, daß die vom Bundesfinanzhof geforderte Bewertung der Rückstellungen mit dem Barwert Ausfluß einer überkommenen Zeitwertkonzeption im Sinne einer stichtagsbezogenen Vermögensbewertung ist und die gesetzliche Rangordnung der Bewertungsprinzipien vernachlässigt. Nach § 5 Abs. 1 EStG ist der Bundesfinanzhof an das System der handelsrechtlichen Gewinnermittlungsprinzipien gebunden. Realisationsprinzip und Imparitätsprinzip gelten als Fundamentalphinanzierungsprinzipien der gesetzlichen Gewinnermittlung und konkretisieren eine umsatzbezogene Ausschüttungsrichtgröße als Primärzweck der gesetzlichen Gewinnermittlungsvorschriften.

Eine Abzinsung von Rückstellungen verstößt gegen das Realisationsprinzip; hiernach sind künftige Perioden nicht mit den Aufwendungen zu belasten, die in vergangenen Perioden bereits Umsätze alimentiert haben (Grundsatz der vollen Aufwandsperiodisierung). Drohverlustrückstellungen sind eine spezielle Ausprägung des Imparitätsprinzips; hiernach schließt der Grundsatz der vollen Verlustantizipation eine Abzinsung, also den Barwertansatz, aus. Festzuhalten bleibt, daß auch im Steuerbilanzrecht der volle Rückstellungsbetrag vor dem niedrigeren Barwert (Teilwert) rangiert. Dieses Untersuchungsergebnis steht im Widerspruch zu einer aktuellen Steuerreformdiskussion, die sich mit Hilfe eines Barwertansatzes bei Rückstellungen (zumindest kurzfristig) Steuererhöhungen verspricht. Die Rechtssicherheit der kodifizierten Gewinnermittlungsprinzipien wird durch solche Reformüberlegungen ad absurdum geführt.

Dr. Böcking betonte in seiner Dankrede, daß er die Preisverleihung zugleich als Aufforderung an die Wissenschaft verstehe, die praktischen Probleme der Wirtschaft weiterhin aufzugreifen, zu analysieren und werturteilsfrei zu lösen.

Ringvorlesung zur Wissenschaftsgeschichte seit 1900

Prof. Jürgen Habermas:
Die Entfaltung der Sozialwissenschaften in den 20er Jahren

Zwei Gründe veranlaßten Jürgen Habermas, Professor für Philosophie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, anlässlich des Jubiläums der Universität einen Rückblick auf die Soziologie der Weimarer Zeit zu werfen: Zum einen bestand damals ein ähnliches Krisenbewußtsein um die Bestimmung der Inhalte der Soziologie wie heute. Zum anderen galt Frankfurt, hier tagte 1910 der erste Soziologentag, als Drehpunkt für Veränderungen in diesem Fach. In Frankfurt etablierte sich 1924 das erste empirisch arbeitende Institut für Sozialforschung, und es bestand ein weit verzweigtes sozialwissenschaftliches Milieu, in dem sich ein spannungsreicher Diskurs entwickelte.

Im vollbesetzten Hörsaal VI der Universität skizzierte Habermas die Entwicklung der Sozialwissenschaften in Deutschland während der Weimarer Republik und ihre Geschichte bis heute. Die Soziologie gilt als das Herzstück der Sozialwissenschaften. Sie vereinigt empirische Forschung und Gesellschaftstheorie in einem Fach. Heute ist das Fach Soziologie institutionalisiert und die Sozialforschung als Methode für die Sammlung und Aufbereitung von Daten anerkannt. Dies war nicht immer so.

Die Gründergeneration des Faches mußte sich innerhalb der deutschen Universitäten erst durchsetzen. Außerhalb der Universitäten, im Kontext der Arbeiterbewegung und des Frühsozialismus, wurde der soziologische Diskurs durch Vorläufer wie Auguste Comte und Claude Henri de Rouvray von Saint-Simon, Karl Marx und Lorenz von Stein in Gang gesetzt. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts vollzog sich die Akademisierung des Faches in Deutschland, nachdem in Frankreich und den USA schon Lehrstühle geschaffen waren. Georg Simmel (1858—1918), Max Weber (1864—1920) und Ferdinand Tönnies (1855—1936) gelten als die Gründerväter der deutschen Soziologie. Sie mußten lange warten, bis sie einen Lehrstuhl für Soziologie erhielten, denn bis zum Ende des Ersten Weltkrieges gab es Professuren für Soziologie nur in Verbindung mit anderen Fächern. Deutlich wird dies auch in der 1909 gegründeten Gesellschaft für Soziologie, deren Mitglieder überwiegend Nationalökonom, Juristen, Sozialpolitiker, Theologen und Historiker waren. Die soziale Identität erlangte das Fach damals nur über einen Honoratiorenverein. „Soziologie war ein wissenschaftlicher Aspekt, von dem aus man forschen konnte, wenn man universitär und geistig in einem anderen Fach seine Grundlage hatte“, wie Habermas F. K. Ringer anführte, und die Professoren, die mit ihrem hohen Sozialprestige kokettierte, propagierte die geisteselitäre Abkehr vom „Maschinen- und Massenzeitalter“.

In der Weimarer Zeit erhalten Frankfurt und Köln (1919) soziologische Lehrstühle. Carl Grünberg wird 1924 erster Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Als 1930 Karl Mannheim Franz Oppenheims Nachfolge auf dem Lehrstuhl antrat, wurde deutlich, daß sich der Schwerpunkt des Faches von

Berlin und Heidelberg nach Frankfurt, Köln und Leipzig verlagert hatte. Zur Institutionalisierung der Soziologie trug besonders Leopold von Wiese bei. Als Institutsdirektor in Köln war er auch Herausgeber der ersten soziologischen Fachzeitschrift und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Bedeutend für die Entwicklung von Theorie und Empirie waren Karl Mannheim und Theodor Geiger, Max Horkheimer und Hans Freyer.

Die klassische deutsche Soziologie war gekennzeichnet durch den Versuch, eine umfassende Theorie von der Entstehung und der Transformation der bürgerlichen Gesellschaft zu entwickeln. Ihre Intention war es, Klarheit zu schaffen über die Ambivalenzen und Aussichten der kulturellen und gesellschaftlichen Modernisierung. Die Theorie des sozialen Handelns und der sozialen Beziehungen sollte gleichzeitig auch Auskunft geben können auf zeitdiagnostische Fragestellungen. Die Entwicklung der Soziologie in den 20er Jahren ist durch Differenzierungsprozesse bestimmt. Die Perspektive einer Gesellschaftstheorie aus einem Guß wird durch sie gesprengt. Während die soziale Identität des Faches sich zu konstituieren beginnt, zerfällt das Fach inhaltlich durch Streitereien um seine Bestimmung, führte Habermas weiter aus. Soziologie wird entweder als formale Beziehungslehre, als spezifische Gesetzeswissenschaft, als sozialstatistische Feldforschung oder als Methodologie begriffen.

Habermas verdeutlichte seine Darstellung der Entwicklungen in der Weimarer Zeit unter fünf Gesichtspunkten: Die Institutionalisierung des Faches nach dem Ersten Weltkrieg geht einher mit dem Zerfall der klassischen Einheit von Soziologie und Gesellschaftstheorie. Hierbei gehen konkurrierende Definitionen hervor. Thematisch beherrschend bleibt eine Kultur- und Wissenssoziologie, die auf spezielle deutsche Ausgangsbedingungen reagiert. Doch auch die Einheit von Gesellschaftstheorie und Soziologie wird mit den Ansätzen von Weber und Marx wiederherzustellen versucht. Unter dem Einfluß von Hegel, Husserl, Heidegger und dem Pragmatismus kommt es zur Bildung neuer theoretischer Ansätze, welche aber zunächst nur als philosophische Diskurse wahrgenommen werden.

Unter dem Kurator Kurt Riezler entwickelte sich in Frankfurt ein fruchtbares Spannungsfeld. Auf Initiative von Hugo Sinzheimer kam es 1921 zur Gründung der Akademie der Arbeit, deren erster Leiter der Sozialphilosoph Eugen Rosenstock wurde. Nach dem Generationenwechsel 1930 befuhren sich zwei Frankfurter Soziologen. Auf der einen Seite standen Karl Mannheim, Ludwig Bergsträsser und Gottfried Salomon-Delatour und auf der anderen Max Horkheimer und Friedrich Pollock am Institut für Sozialforschung. Horkheimer hatte eine Sonderstellung. Er wollte die Einheit von Soziologie und Gesellschaftstheorie auf einem neuen Niveau wissenschaftlicher Differenzierung wiederherstellen. Als Anknüpfungspunkt diente ihm die marxistische Aneignung der Weberschen Theorie gesellschaftlicher Rationalität durch Georg Lukacs. Horkheimer verband diese Gesellschaftstheorie mit der Freud-

schen Sozialpsychologie, um die gesellschaftlichen Prozesse bis ins Innere der Individuen verfolgen zu können. Seine wissenschaftsgeschichtliche Bedeutung bestand in der Übertragung der Gesellschaftstheorie in ein interdisziplinäres Forschungsprogramm.

„Das Institut für Sozialforschung vereinigte die Arbeit an empirischen Projekten einerseits“, so Habermas, „theoretische Forschung und Ökonomie, Rechts- und Staatswissenschaften, Ästhetik, Geschichtswissenschaft und Psychologie andererseits mit einer philosophischen Dauerreflexion auf Hintergrundannahmen, Methoden und erkenntnistheoretischen Voraussetzungen.“ Das Projekt einer Einheit von Soziologie und Gesellschaftstheorie erwies sich nach dem Zweiten Weltkrieg als gescheitert. Das Unbehagen der 20er Jahre reproduzierte sich auf höherer Ebene. Drei Fragen bleiben nach Habermas kontrovers: Ist so etwas wie eine Gesellschaftstheorie nötig? Ist sie überhaupt möglich? Wenn ja, muß sie eigentlich mit der Soziologie in einer Art Personalunion verbunden bleiben? Habermas hält eine Handlungstheorie für notwendig, weist jedoch auf die Schwierigkeit der Entwicklung einer Gesellschaftstheorie hin, die nur im Austausch mit einer Vielzahl anderer Diskursuniversen entstehen könne. Er zweifelt an der Zusammengehörigkeit von Gesellschaftstheorie und Soziologie und vermutet sogar die historische Verbindung als eine Ursache für die mangelnde innere Bestimmung des Faches. Für ihn liegt das Problem hauptsächlich darin begründet, daß die fachliche Argumentation der gewachsenen Komplexität der Forschungslage noch nicht wieder angepaßt ist.

Sabine Raaf

Prof. Wolfgang Mommsen, Düsseldorf: Wissenschaft im Nationalsozialismus — Die Geschichtswissenschaft und die Sozialwissenschaft

Die Auseinandersetzung mit der Wissenschaft im Nationalsozialismus behandelt ein sensibles Thema, das, wie Wolfgang Mommsen, Professor für Geschichte an der Universität Düsseldorf, betonte, noch immer nicht wirklich bewältigt sei.

Vor 1933 haben wenige Wissenschaftler dem Nationalsozialismus wirklich nahegestanden. Die deutsche Geschichtswissenschaft orientierte sich in der Zwischenkriegszeit an dem noch immer kaiserlich geprägten Deutschland. Es gab zwar eine kleine Anzahl von demokratisch gesinnten Historikern, die aber einen schweren Stand in den 20er Jahren hatten. Erst mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 wurde die Professorenschaft moralisch und ideologisch unter Druck gesetzt. Ein Prozeß der Gleichschaltung begann, deren Ziel die Ausschaltung von jüdischen und politisch unbeliebten Wissenschaftlern war, oder wie es ein Zeitgenosse formulierte: „Die Ausmerzungen des jüdischen und des politisch unzuverlässigen Lehrkörpers“. Die hatte weitreichende Folgen nicht nur für die Geschichts- und Sozialwissenschaften: Die Publikationsmöglichkeiten wurden eingeschränkt und bedeutende Wissenschaftler, die durch ihre geistige Eloquenz zum wissen-



Umweltschutz-Preis 1990 der Johann Wolfgang Goethe-Universität

(gestiftet von der Firma Procter & Gamble GmbH)

Für die beste, im Jahresablauf an der Johann Wolfgang Goethe-Universität auf dem Gebiet der Umweltforschung entstandene Arbeit wird alljährlich der Umweltschutz-Preis verliehen. Bewerbungen können sich alle Universitäts-Angehörigen, die seit Sommer 1989 entsprechende Arbeiten angefertigt haben.

Der Preis ist im Jahr 1990 mit DM 5000,— dotiert.

Die Ausschreibung erfolgt durch das Zentrum für Umweltforschung, dessen Direktorium die eingereichten Arbeiten sichten und den Preisträger vorschlagen wird. Dieser Vorschlag bedarf noch der Zustimmung des Ständigen Ausschusses II für Organisationsfragen, Angelegenheiten der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Zur Bewerbung um den Preis sind folgende Unterlagen einzureichen:

Ein Exemplar der einschlägigen Arbeit. Ein Begleitschreiben, in dem die Umweltrelevanz der eingereichten Arbeit aus der Sicht der Autorin, des Autors oder der Autoren kurz dargelegt wird (max. 1 Seite).

Bewerbungen sind bis zum 31. 3. 1990 zu richten an:

ZENTRUM FÜR UMWELTFORSCHUNG
Robert-Mayer-Straße 7—9 · 6000 Frankfurt am Main 11
Telefon 0 69 / 7 98—81 47

schaftlichen Diskurs beigetragen hatten, in die Emigration getrieben. Besonders von den Nationalsozialisten wurde das Frankfurter Institut für Sozialforschung unter der Leitung von Karl Mannheim gehaßt. Auch hier führte der geistige Aderlaß zu einem Stillstand der theoretischen Orientierung. Die Lücken, die durch die Emigranten entstanden waren, ließen sich nur schwer füllen. Es kam zu einer Verzerrung des politischen Spektrums innerhalb der Geschichts- und Sozialwissenschaften zugunsten der politisch Rechten. Die Resistenz der Zurückgebliebenen wurde geschwächt und die Bereitschaft gestärkt, sich vom Sog des Nationalsozialismus mitreißen zu lassen. National-konservativ gesinnte Historiker spekulierten darauf, Hitler als Wegbereiter für eine neue Ordnung zu unterstützen, um dadurch der Verwirklichung ihrer nationalen Ziele näher zu kommen.

Die Anbiederung einiger national-konservativer Historiker und ihre Bereitschaft, zeitkritische Bedenken aus dem Weg zu räumen, trug dazu bei, dem Gedankengut der Nationalsozialisten Zugang zur Geschichtswissenschaft zu verschaffen. Die Liberalen unter den Historikern waren durch die Machtergreifung Hitlers besonders getroffen. Ihnen fehlte ein geistiges „Widerlager“, wie es Mommsen bezeichnete, welches beispielsweise das konservative Lager in der Person Gerhard Ritters hatte, um sich als resistent zu erweisen.

Viele, besonders konservativ gesinnte, Historiker machten ihren Frieden mit dem Regime. In der akademischen Praxis äußerte sich dies in einer freiwilligen Anpassung der Themen- und Schwerpunktwahl. Die Mittelforschung erlebte zu dieser Zeit ihren Höhepunkt. Weitere Schwerpunkte lagen im Bereich der Erforschung der germanischen Stämme und des germanischen Führerstaates. Die Geschichtswissenschaft trug dazu bei, daß der Führermythos seine

wissenschaftliche Legitimität erhielt. Von besonderem Interesse war die Erforschung der Volksgeschichte. 1940 formulierte Theodor Mayer die Absicht der Geschichtswissenschaft eindeutig, wie Mommsen anführte: „Das großdeutsche Reich nimmt seine geschichtliche Entwicklung dort wieder auf, wo es sie vor 700 Jahren fallen gelassen hat.“

Am stärksten mit der Ideologie des Regimes konform gingen die Historiker auf dem Gebiet der Ostforschung. Ihr Ziel war die Stärkung des Deutschland in den Ostgebieten. Dort entstanden viele Institutsneugründungen. Der Beginn des Zweiten Weltkrieges förderte das Interesse für heroische Themen. Völkische hingegen blieben die Ausnahme. Die Geschichtswissenschaft wurde durch den Nationalsozialismus nicht in ihrer Grundsubstanz angegriffen, sie blieb aber gleichzeitig auf ihren Positionen Ende der 20er Jahre stehen. Nicht viel anders sah es bei den Sozialwissenschaften aus: Die Nationalsozialisten sahen in der Soziologie eine Herrschaftswissenschaft, die sie für ihre Zwecke mißbrauchen wollten. Dies führte zum Abbruch aller makrosoziologischer Forschung, und die empirischen Methoden dienten dazu, eine Kontrolle über die Bevölkerung auszuüben. Philosophen wie Martin Heidegger witterten mit dem Aufkommen der nationalsozialistischen Herrschaft ebenfalls ihre Chance. Heidegger hatte die vage Hoffnung, daß das nationalsozialistische Regime seinem philosophischen System zum Durchbruch verhelfen könne. Seine Utopie war es, wie er es in einem Gespräch mit Karl Jaspers formulierte: „Den Führer zu führen.“

Mommsens Fazit: Zum einen fehlte es an geistigen „Widerlagern“ in den einzelnen Gruppierungen der Geschichts- und Sozialwissenschaften und zum anderen wurde die Tendenz, sich im Zweiten Weltkrieg nicht dem Staate zu versagen, übermächtig.

Sabine Raaf

75 Jahre Universität Frankfurt Festakt in der Paulskirche

Die akademische Feier zum Jubiläum der Universität in der Paulskirche war dem Dialog mit der Frankfurter Bürgerschaft und den Repräsentanten des öffentlichen Lebens gewidmet. Auszüge aus den Ansprachen und Vorträgen werden auf dieser und den folgenden Seiten in Auszügen abgedruckt.

Prof. Dr. Klaus Ring, Präsident der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

es freut mich, daß Sie in so großer Zahl meiner Einladung in die Paulskirche zum Festakt aus Anlaß der 75-Jahr-Feier der Johann Wolfgang Goethe-Universität gefolgt sind. Ich grüße Sie alle sehr herzlich. Gerne würde ich jeden einzelnen persönlich begrüßen. Mit manchem konnte ich schon vor Beginn dieser Feierstunde ein kurzes Wort wechseln, aber leider ist es nicht möglich, sich Ihnen allen mit der gebotenen Aufmerksamkeit zu widmen. Ich darf deshalb nur einige wenige von Ihnen stellvertretend für viele andere begrüßen und bitte schon jetzt um Nachsicht, wenn ich den einen oder anderen nicht nenne, der eigentlich genannt werden müßte.

Als 1914 am 25. Oktober in der Aula des Jügelhauses durch eine Art Universitätsvollversammlung die Frankfurter Universität ihre Arbeit aufnahm, da trug die Amtskette des Rektors der Physiker Richard Wachsmuth. In seiner Person und in seinem Amt lag die Kontinuität zwischen der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften einerseits und der neuen Alma mater andererseits. Zwar weilt der Gründungsrektor nicht mehr unter den Lebenden, aber als „Zeitzeugen“ aus der Gründerzeit unserer Jubilarin begrüße ich seinen Sohn, den Würzburger Emeritus Werner Wachsmuth. Mit seiner Person verbinde ich meinen Gruß an alle jene, die uns heute noch aus den Gründerjahren unserer Universität berichten können.

Einen ganz persönlichen Gruß habe ich in den letzten Tagen einem Mann übersandt, den ich heute gerne als Gast in unseren Reihen hätte, der aber aus gesundheitlichen Gründen nicht hier sein kann. Ich meine Adolf Lowe, den Frankfurter Emeritus, der im Jahre 1933 wegen seines jüdischen Glaubens diese Universität verlassen mußte und nach meinem Wissen auch nach 1945 nie mehr als Professor in Frankfurt aufgetreten ist. Der heute 96jährige lebt nach Jahrzehnten im amerikanischen Exil seit wenigen Jahren wieder in Deutschland, aber unserer Universität, der er einst an prominenter Stelle verbunden war, ist er fremd geworden. Wir sind bei der Recherche nach den „verlorenen“ Frauen und Männern unserer Universitätsgemeinschaft erst sehr spät auf seinen Namen gestoßen, obwohl er als Emeritus in unseren Personalverzeichnissen auftaucht. Ich darf aber erklären, daß ich sehr bewußt den Weg zu Adolf Lowe suchen werde, weil ich denke, daß wir in der Beschäftigung mit ihm und seinem Werk ein Stück unserer Identität wiederfinden können, die dieser Stadt und dieser Universität, aber auch unserem Land und unserem Volk durch die Willkürherrschaft der Nazis geraubt wurde. Indem ich an so hervorgehobener Stelle

an Adolf Lowe erinnere, gedenke ich gleichzeitig der zahlreichen Opfer der Gewaltherrschaft, die aus den Reihen dieser Universität hinausgetrieben wurden und die in besonderer Weise das Profil und die Eigenart der Frankfurter Universität vor 1933 bestimmten. Manche von ihnen haben nach 1945 wieder den Weg nach Frankfurt zurückgefunden, aber vielen von ihnen bedeutete der Rauswurf aus der Universität das Ende ihrer Hoffnungen und für manche gar das Ende ihrer physischen Existenz. Ihrer zu gedenken und die Gegenwärtigen im Angesicht der Opfer zum inneren und zum äußeren Frieden ebenso wie zum friedlichen Miteinander zu mahnen, betrachte ich als einen Teil des geistigen Erbes der Frankfurter Universitätsstifter.

In wacher Erinnerung an die Frauen und Männer, die durch ihre großmütigen Stiftungen im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert aus der Handelsstadt Frankfurt auch eine Stadt der Wissenschaftspflege machten, grüße ich in unserer Mitte besonders jene, die seit Jahrzehnten die Universität fördernd begleiten, sei es in unserer Vereinigung von Freunden und Förderern, im Kreis der uns verbundenen Stiftungen oder auch aus der wohlverstandenen Tradition Frankfurter Bürger, die sich in der ideellen Nachfolge der eigentlichen Universitätsgründer ihrer Frankfurter Universität verbunden wissen. (...)

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, an dieser Stelle auch ganz bewußt ein Wort richten an die Studierenden der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Es ist mir ein großes Anliegen, festzustellen, daß ich die Entwicklung der letzten Tage sehr bedauere, weil ich sicher bin, daß die bewußt herbeigeführte Eskalation der Auseinandersetzung weder der Stimmung an der Universität noch der Zustimmung des allergrößten Teils der Studierenden zu ihrer Universität entspricht. Die wirklichen Probleme der Studierenden, so die objektive Wohnungsnot eines Gutteils der Frankfurter Kommilitoninnen und Kommilitonen, die schlechte Ausstattung der Massenuniversität mit den erforderlichen Räumen, Sachmitteln und Personalstellen, die fehlende berufliche Perspektive vieler junger, gut ausgebildeter Universitätsabsolventen, die unzureichende Finanzierung einer vernünftigen Ausbildungsförderung, das kurzatmige und kurzsichtige Krisenmanagement der öffentlichen Hände in Stadt, Land und Bund, sind die gemeinsam zu tragenden Defizite, die allen Universitätsangehörigen gleichermaßen auf den Nägeln brennen und deren Beseitigung der Präsident der Universität mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln versucht, ohne allerdings das Instrumentarium dazu zu besitzen. Aber es steht nicht in meiner Macht, Wohnungen für Studierende oder Mitarbeiter zu bauen, Kindergärten einzurichten, Neubauten für die Universität und ihr Klinikum aus dem Boden zu stampfen oder Personalstellen zu schaffen. Dies kann nur durch den politischen Willen der Volksvertreter des Parlaments erreicht werden. (...)

Die heutige Veranstaltung, meine Damen und Herren, ist bewußt angelegt als eine vom Dialog geprägte Jubiläumsfeier für die eigentlich noch jugendliche Frank-

furter Alma Mater. Es geht mir um das Gespräch und um die Gesprächsfähigkeit aller Universitätsmitglieder untereinander. Kooperation und gemeinsame Problemlösung sind das Gebot der Stunde. Gröhlende Monologe nutzen zu nichts anderem als zur Verminderung dessen.

Ich bin der Stadt Frankfurt sehr dankbar, daß wir hier, in der Paulskirche, dem wohl symbolträchtigsten Ort des Dialogs und der Verständigung in der deutschen Geschichte, die Retrospektive auf 75 Jahre Universität Frankfurt begehen können. Die Rückkehr der ehemals städtischen Universität zur akademischen Feierstunde in diesen Plenarsaal der parlamentarischen Versammlung von 1848, entsprechend der viele Jahrzehnte geübten Praxis, ist Ausdruck der bewußten Wiederzuwendung der Universität zur Bürgerschaft.

Wir wollen als Universität den Dialog mit dieser Stadt und ihren Bürgern. Und ich bin froh darüber, daß dieser Dialog in den letzten Jahren sehr erfolgreich wiederaufgenommen und geführt worden ist. Ich freue mich besonders, daß durch die Vielzahl und die unterschiedlichste Herkunft der hier anwesenden Gäste die besten Traditionen dieser Einrichtung Frankfurter Bürgersinn lebendig dargestellt werden, und ich hoffe, daß diese Universität auch in Zukunft im Bewußtsein der Bürgerschaft dieser Stadt ein Stück Frankfurt sein wird, auf das man mit guten Gründen stolz sein kann. Erst wenn die Frankfurter Bürgerschaft diese Universität wieder als ihre Universität ansieht, können wir damit rechnen, daß sich die heute so erdrückenden Probleme wieder einmal lösen lassen.

Durch unseren Anteil an Forschung und Lehre im internationalen Bezug der Wissenschaften unserer Zeit wollen wir einen Beitrag zur Sinngabe und zur Sicherung und Besserung der Lebensbedingungen auf unserer Erde leisten. In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine erfüllte Zeit.

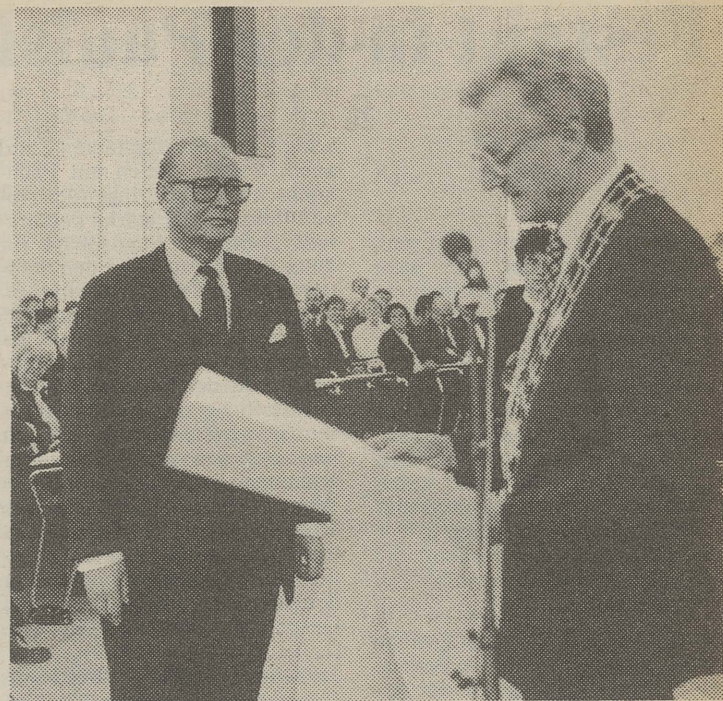
Dr. Wolfgang Gerhardt, Staatsminister für Wissenschaft und Kunst

Die Johann Wolfgang Goethe-Universität begeht ihr Jubiläum. Die Landesregierung übermittelt anläßlich der Feier des 75jährigen Bestehens ihre Glückwünsche und dankt allen Angehörigen der Universität für ihre verantwortungsvolle Aufgabenerfüllung.

Die Johann Wolfgang Goethe-Universität ist durch ihre internationalen Beziehungen, die sich durch Zusammenarbeit in der Forschung, durch studentischen Austausch und durch Partnerschaften entwickelt haben, eine der großen Visitenkarten des Landes Hessen.

Die Johann Wolfgang Goethe-Universität hat in ihrer Entstehungsgeschichte und in ihrem bisherigen Lebenslauf eine Begleitung durch private Stiftungszuwendungen und Zuwendungen Frankfurter Bürger erhalten. Ihre Namen finden sich in Einrichtungen der Universität wieder. Eine Gesellschaft, die sich heute daran gewöhnt hat, alle Forderungen allein an den Staat

(Fortsetzung auf Seite 8)



Dr. Hanns C. Schroeder-Hohenwarth erhielt am 4. November in der Paulskirche die Würde eines Ehrensensors der Universität. Präsident Prof. Dr. Klaus Ring überreichte die Urkunde.

Ehrensensator Schroeder-Hohenwarth

Dr. Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth, Vorsitzender des Vorstandes der Universitätsvereinigung, wurde die Würde eines Ehrensensors der Universität verliehen. Präsident Prof. Dr. Klaus Ring überreichte die Urkunde während des Festaktes zum 75. Geburtstag der Universität in der Paulskirche. In seiner Ansprache führte er aus: Die Arbeit der Universität wird durch die Vereinigung von Freunden und Förderern unterstützt. Sie hat sich als unentbehrlich für die Förderung von Vorhaben erwiesen, für die aus dem Landshaushalt nicht genügend oder, in nicht seltenen Fällen, gar keine Mittel zur Verfügung stehen.

Wenn die Universität Frankfurt in diesem Jahr auf ihre Stiftung vor 75 Jahren zurückblickt, dann auch die Freundesvereinigung, denn diese wurde gleichzeitig mit der Universität ins Leben gerufen mit dem Ziel, die finanzielle Basis der Universität auch über die Gründungsphase hinweg sicherstellen zu helfen.

Die Freundesvereinigung hat dies immer mit großem Verantwortungsbewußtsein und Engagement getan, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg — bestimmt vor allem durch politische, wirtschaftliche oder hochschulpolitische Entwicklung —, die hinzunehmen waren, ohne daß sie von den in der Freundesvereinigung verantwortlichen Tätigen hätten beeinflusst werden können.

Unübersehbar ist der Aufschwung, den die Freundesvereinigung in den letzten Jahren genommen hat, die Bedeutung, die sie für die Universität bekam, und zwar nicht nur als Organisation zum Sammeln von Spenden oder Stiftungen, sondern auch als Vereinigung von Persönlichkeiten, die in schwierigen Situationen Rat geben und Verbindungen herstellen können. Diese ideelle Unterstützung ist für uns von ebensolchem Wert wie die materielle. Gerade in den vergangenen Monaten hat sich gezeigt, wie folgenreich sie sein kann: So war eines der Mitglieder des Beirats der Freundesvereinigung entscheidend mitbeteiligt an der Umsetzung der Aktion „Hessische Unternehmen helfen hessischen Hochschulen“, die vom Hessischen Ministerpräsidenten

Dr. Wallmann und dem Minister für Wissenschaft und Kunst, Dr. Gerhardt, durchgeführt worden ist, um durch Spenden aus dem Bereich der Unternehmen die katastrophale Unterrichtssituation an den hessischen Hochschulen in einigen Bereichen lindern zu helfen.

Die Förderung durch die Freundesvereinigung ist bereit: Sie umfaßt die persönliche Unterstützung junger Wissenschaftler; unser Collegium musicum wurde gefördert ebenso wie Wissenschaftler aus nahezu allen Fachbereichen. Entscheidend für die Förderung ist die Qualität der Projekte, nicht die Nähe zu einer „Anwendung“, sind Originalität und Innovation, nicht Zuordnung zu besonderen Fächern.

Vorsitzender der Freundesvereinigung ist seit 1981 Herr Dr. Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth. Ihm verdankt die Freundesvereinigung ihre überaus positive Entwicklung während der vergangenen Jahre. Der Senat der Johann Wolfgang Goethe-Universität hat daher zu Ende des vergangenen Sommersemesters beschlossen, Herrn Dr. Schroeder-Hohenwarth die Würde eines Ehrensensors zu verleihen. Mit dieser Verleihung dankt die Universität in ihrem Jubiläumsjahr der Person, aber auch der Institution der Freundesvereinigung, die wesentlichen Anteil daran haben, daß der Gedanke der Wissenschaftsförderung im Frankfurter Raum wieder seine besondere Bedeutung erhalten hat, wie er bereits in ihrem Gründungsauftrag festgehalten worden ist:

„Die Universität Frankfurt verdankt als Stiftungsuniversität ihre finanzielle Grundlage freiwilligen Stiftungen von Privatpersonen und Körperschaften öffentlichen und privatrechtlichen Charakters. Um ihre Fortentwicklung auf derselben Grundlage sicherzustellen, haben sich Stifter und Freunde der Universität zu einem Verein zusammengeschlossen“ (1914).

Wenn wir heute in der Paulskirche die Gründung der Stiftungsuniversität Frankfurt am Main festlich begehen, dann ist dies auch der rechte Ort, um der Gründung der Freundesvereinigung zu gedenken und die Ehrung ihres Vorsitzenden vorzunehmen.

Festakt in der Paulskirche

(Fortsetzung von Seite 7)

zu richten, darf daran erinnert werden.

Und ein oft gepflegtes Vorurteil, wonach Drittmittel eher dazu neigten, eine Fremdbestimmung der Universität vorzunehmen, kann sich hier nicht halten. Die Tradition der Johann Wolfgang Goethe-Universität als Stiftungsuniversität und die Unterstützung durch die Freundesvereinigungen werden auch in den nächsten Jahren ganz wesentlich die Entwicklung der Universität mitbestimmen und haben in der Vergangenheit außerordentliche Impulse in das universitäre Leben gebracht. (...)

Attraktive Entwicklungsmöglichkeiten, internationale Bedeutung und Standortgunst der Johann Wolfgang Goethe-Universität konfrontieren ihre großen Entwicklungsmöglichkeiten gleichzeitig mit hohen Zahlen von Studentinnen und Studenten, mit übermäßiger Belastung bei gleichzeitiger Notwendigkeit, die Forschungsfähigkeit weiter zu stärken.

Die an Professoren der Johann Wolfgang Goethe-Universität vergebenen wissenschaftlichen Auszeichnungen sprechen für sich, die Berufungssituation ist besser geworden. Hervorragende Wissenschaftler kommen nach Frankfurt, und Bleibeverhandlungen können häufiger als in früheren Jahren erfolgreich abgeschlossen werden. Bei der Einwerbung von Mitteln bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft schneidet die Johann Wolfgang Goethe-Universität hervorragend ab. Die Zahl der Sonderforschungsbereiche weist auf das wissenschaftliche Können hin, die Forschungszusammenarbeit insbesondere mit den Institutionen der Max-Planck-Gesellschaft, mit der Gesellschaft für Schwerionenforschung und die geplante Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung deuten an, daß die Universität auch in Zeiten hoher Belastung in der Lehre alle Anstrengungen unternimmt, um attraktive Forschung voranzutreiben.

Ein Ausbau der Universität auf hohem Niveau erfordert die Bereitstellung enormer Summen für die Ausstattung der Institute mit den entsprechenden Geräten. Einige Bundesländer haben im Ausbau ihrer Universitäten Schwerpunkte gesetzt. Nach meiner Überzeugung ist der Erhalt eines breiten Spektrums der Fächer und damit der Erhalt eines breiten Spektrums der Forscher ein für die zukünftige Entwicklung der Universitäten nicht zu unterschätzender Gewinn. Nur die Grenzen des Wachstums eines Budgets können aus meiner Sicht die Grenzen für die Festlegung von qualitativ hochwertigen Forschungsprojekten sein. Keine Landesregierung sollte ein breites Fächerspektrum reduzieren.

Aber keine Landesregierung kann auch zugleich allen im jeweilig gewünschten Fach optimale Studienbedingungen garantieren. Im Gegenteil: Das politische Ziel, möglichst viele Studiengänge offenzuhalten und sie nicht mit Zulassungsbeschränkungen zu versehen, produziert geradezu die Inanspruchnahme von Studienplätzen an Standorten, an denen die Probleme der Hochschule nicht ausreichend gelöst werden können. In diesem Zusammenhang möchte ich an die kommunale Selbstverwaltung in allen hessi-

schen Universitätsstädten und auch in den Städten mit Fachhochschulen den dringenden Appell richten, eine starke kommunale politische Atmosphäre für diese Einrichtungen in den Städten zu erzeugen. Die Wohnraumversorgung für Studentinnen und Studenten wird in Zukunft als gemeinsame Aufgabe der jeweiligen Stadt, des Landes und des Bundes angegangen werden müssen. Sie wird nicht zu bewältigen sein mit den gewohnten Programmen des studentischen Wohnungsbaus. Die Hessische Landesregierung ist bereit, weitere Anstrengungen zu unternehmen; mit dem Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main sind Gespräche verabredet worden. (...)

Im Jahr des 75jährigen Bestehens der Johann Wolfgang Goethe-Universität stellt sich nicht die Frage kleinkariierter Rechenschaftspflichtigkeit zwischen Universität und staatlichem Handeln, sondern die Frage, welche Ressourcen unsere Gesellschaft bereit ist, für ihre eigene Zukunftsbewältigung zur Verfügung zu stellen, ob sie die Kraft hat, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, oder ob das Verständnis des Staates in der Bundesrepublik Deutschland sich darauf reduziert, daß er als Garant der allumfassenden Daseinsvorsorge in der Gegenwart aufsteht. Es geht um weit mehr, als um Haushaltszahlen, wenn es um die Universitäten geht. Bei den Universitäten handelt es sich um bedeutsame Orte, in denen sich ein Beitrag für Problemlösungen und menschliches Können zur Bewältigung der Zukunft und zur Lösung von Fragen herausbildet. Der wissenschaftliche Nachwuchs entscheidet in Personen mit über die gesellschaftliche Entwicklung und über die Zukunft eines Landes.

Die Bundesrepublik Deutschland muß sich deshalb in Zusammenarbeit von Bund und Ländern für eine neue Initiative für den wissenschaftlichen Nachwuchs entscheiden. Es gibt in unserem eigenen Interesse dazu keine Alternative. Die Hessische Landesregierung ist bereit, ein solches gemeinsames Programm nicht nur mitzutragen, sondern es auch mitzuarbeiten und die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Es gibt keine wissenschaftlichen Einbahnstraßen mehr auf unserer Welt. Der internationale Austausch ist gegenseitig. Es gilt heute dafür Sorge zu treffen, daß keine Sogwirkung in andere Länder entsteht, weil in der Bundesrepublik Deutschland versäumt worden ist, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß wissenschaftlicher Nachwuchs bereitsteht, um ausscheidende Persönlichkeiten in Forschung und Lehre in den neunziger Jahren ersetzen zu können. Ein Ausbau und die endlich vorhandene Perspektive für die Johann Wolfgang Goethe-Universität machen keinen Sinn, wenn nicht zugleich Vorsorge dafür getroffen wird, daß die Persönlichkeiten aus dem wissenschaftlichen Nachwuchs heranwachsen können, die in Zukunft über das 75jährige Jubiläum hinaus die Universität tragen.

Herr Präsident Professor Ring, meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, daß wir diese Aufgabe bewältigen können und daß die Johann Wolfgang Goethe-Universität nach wechselvoller Geschichte und der Bewältigung einer Überlastsituation eine gute und aussichtsreiche Zukunft vor sich hat.

Dr. Volker Hauff, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main

Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main entbietet der Johann Wolfgang Goethe-Universität Glückwünsche zum 75. Gründungsfest. Als Oberbürgermeister nehme ich mit Freude selbst diese Aufgabe wahr und verbinde meine persönlichen Wünsche mit denen der offiziellen Gremien dieser Stadt.

Es gehört zu meinen festen Überzeugungen, daß eine moderne Gesellschaft in allen ihren Bereichen der ständigen Begleitung durch eine freie Wissenschaft bedarf.

Mit der Tradition der Verbindung von freier Forschung und qualifizierter Lehre existiert in der deutschen Universität eine Großorganisation, die in unersetzlicher Weise uns gerade auch als soziale Form wertvoll ist: Indem sie — idealiter — als wissenschaftliche Gemeinschaft von Studierenden und Lehrenden arbeitet, sichert sie nicht nur für den Wissenschaftsprozess die innovative Potenz der jungen Generation, sondern sie stellt für ihre Tätigkeit auch ständig eine diskursive Öffentlichkeit her. Die Studierenden haben in den letzten Jahrzehnten gezeigt, wie sie, unbeschadet aller auch ihnen zu zugestehenden Irrtümer, dem Kommunikationsprozeß Wissenschaft unentbehrlich sind.

Dieses Element gemeinschaftlicher Selbstreflexion bedeutet im Vergleich zu reinen Forschungs- oder reinen Vermittlungsinstitutionen die besondere Qualität der Universität, und wenn realiter diese Qualität nicht immer in der erwarteten Gestalt zum Tragen kommt, dann sorgen auch unkonventionelle Formen wieder dafür, daß die soziale Organisation Universität darüber nachdenkt, wie sie ihre komplexen Funktionen erfüllt.

Mit Nachdruck möchte ich betonen, daß eine Universität solchen komplexen Verständnisses zu einer Metropole wie Frankfurt dazugehört, und ich bekenne mich zu der Verantwortung, die dies auch materiell für die Stadt bedeutet: Wir können nicht die Verbindung von Forschung und Lehre als hoffnungstragende Form feiern, ohne unseren Teil dazu beizutragen, daß wohnungssuchende Studenten eine Chance haben, eine angemessene Unterkunft zu finden.

Nur wenn wir das tun, können wir auch die Universität als Standortfaktor für Frankfurt in Anspruch nehmen. Als Zentrum von Innovationsprozessen, wie sie von Banken und Management geprägt werden, und als Zentrum von Gewerkschaften, Marketing, Medien, Chemie und Biotechnik muß Frankfurt Wert darauf legen, nicht nur ein dekoratives kulturelles Ambiente, sondern auch eine wissenschaftliche Infrastruktur hohen Ranges zu haben. Daß dazu eine Universität gehört, bezweifelt heute keiner der Kommunalpolitiker.

Wir wissen aber auch, daß dies in Frankfurt einst nicht selbstverständlich war, und deswegen legte ich eingangs besonderen Akzent auf die Grüße der offiziellen Gremien der Stadt.

Heutige Verwaltungen und politische Gremien sind so wenig omnipotent und naturgegebene Träger der Weisheit in der Vergangenheit. Wir brauchen die unabhängigen gesellschaftlichen Kräfte als Ergänzung, als Korrekturpotential im öffentlichen Leben, und wir müssen für die heutige Zeit uns vornehmen, dem

Wirken solcher Kräfte Raum zu geben, auch wenn sie manchmal quer zu unseren aktuellen eigenen Vorstellungen liegen.

Bei allen Vorläufergründungen, aus denen später unsere Universität wurde, fällt die Weite, vor allem die soziale Vielfalt der Motive auf. (...)

Diese Bündelung von unterschiedlichen Interessen und Motiven ist mir heute wieder besonders wichtig. Wir brauchen Kreativität, realisierte Innovation und wissenschaftliche Reflexion sowie wissenschaftsgestütztes Handeln in allen Bereichen der Gesellschaft, und je mehr wir spüren müssen, daß Wachstum allein längst nicht alle Probleme löst, desto weniger können wir uns damit zufriedengeben, Wissenschaftsentwicklung in Engführung an wirtschaftlichen Erwerbsinteressen zu denken. Das muß sich auch in den Szenarien für die Zukunft der Universität niederschlagen. Wir dürfen und können die wissenschaftlich-technische Revolution auch als Hilfsmittel, als Mittel zur Gestaltung gesellschaftlicher Lebensprozesse bis hin zur gemeinsamen Bewältigung globaler Probleme begreifen. Und mit solchen werden wir trotz aller gegenwärtigen Selbstgerechtigkeit unserer Lebensformen zunehmend konfrontiert: Wir müssen z. B. hoffen, daß jener Anlauf des gesellschaftlichen Umbaus, der zur Zeit in den Staaten Osteuropas Raum greift, auch Spielraum gibt, die gemeinsamen Probleme im Umweltsektor auf weltweiter Ebene anzugehen. Kommt es statt dessen zu Auflösungerscheinungen, zu Konflikten oder ungerichteten Wachstumsprozessen mit zunehmenden Unterschieden zwischen Arm und Reich, dann sind die Chancen für einen globalen Entwicklungspfad der „dauerhaften Entwicklung“ wieder einmal für lange Zeit vertan. (...)

Ein Thema freilich ist in der jungen Universitätsgeschichte persistent: dasjenige der Beziehungen zwischen Stadt und Universität. Vor 25 Jahren, 1964 — wie lange ist das jetzt schon wieder her —, gab es anlässlich der 50-Jahrfeier ein Straßenfest auf dem Römerberg, bei dem, so die zeitgenössischen Quellen, der Besucherstrom alle Erwartungen übertraf.

Deswegen wurde damals vorgeschlagen, so etwas jedes Jahr zu wiederholen, um „die Frankfurter Bürgerschaft mit ihrer Universität enger zu verknüpfen“. Es geschah nicht — vielleicht, weil die angesprochenen Bürger bald zu sehr geschockt waren von dem, was Studentenbewegung genannt wird und was für viele Studierende gerade vom Zentrum Frankfurt aus bedeutende Bildungserlebnisse mit sich brachte. Vielleicht gelingt es in den kommenden 25 Jahren, die Impulse aus der Universität stärker in die Stadt hineinwirken zu lassen. (...)

Ich wünsche uns, daß deswegen die inhaltlichen und personalen Kontakte nicht vernachlässigt werden, und in diesem Sinne wünsche ich der Universität in unserer Stadt für die Zukunft Blüten und Gedeihen in einer Gesellschaft, die sich ihrer Verantwortung für Gegenwart und Zukunft bewußt bleibt.

Dr. Hanns C. Schroeder-Hohenwarth, Vorstandsvorsitzender der Universitätsvereinigung

Der erst 75 Jahre zurückliegende Gründungstag unserer Universität, den wir heute in diesem traditionsreichen Haus festlich bege-

hen, ist für den einen oder anderen unter uns noch eine Erinnerung aus früher Kindheit. Und doch — wie lange liegt die Zeit zurück, in der Bürger und von Bürgersinn getragene Institutionen ihrer Stadt Frankfurt am Main eine ganze Universität schenken konnten. Wie sehr haben sich die wirtschaftlichen, die gesellschaftlichen Umstände in dieser noch nicht einmal ein Menschenleben umfassenden Zeitspanne verändert.

Wie lange liegt die Zeit zurück, in der ein jüdischer Mitgründer, Justizrat Dr. Ludwig Heilbrunn, in voller Identifikation den Spruch zitieren konnte, der auf einer mit der Athene gezierten Plakette enthalten ist, die das Kuratorium der Universität dem Lehrkörper bei der Gründung im Jahre 1914 überreicht hat:

Als Hochburg des Geistes hat dich geschaffen in Wehr und Waffen ein eisern Geschlecht

Ihr Wachter des Baus nun huetet das Haus zu Deutschlands Ehre in Forschung und Lehre treu wahr und gerecht

Die Verse zeigen den Wandel, der sich nicht nur im Pathos der Sprache, sondern auch in unser aller Einstellung in dieser kurzen Zeitspanne vollzogen hat.

Und doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, — bei allen wirtschaftlichen und auch geistigen Veränderungen und Umbrüchen, auch angesichts studentischer Proteste, wie wir sie Ende der 60er Jahre, im vorigen Herbst und auch in den letzten Tagen erlebt haben: Der ursprüngliche Stifter- und Fördersinn in Frankfurt und bei den Frankfurter Bürgern — und zwar aller Gruppierungen, und jetzt vermehrt auch bei den ehemaligen Studierenden — ist unserer Universität erhalten geblieben und wird erhalten bleiben.

Gerade in den letzten Jahren, während der verdienstvollen Präsidentschaft von Herrn Professor Dr. Ring, hat sich die schon vom Gründungstag an bestehende Bereitschaft bewährt und wieder verstärkt, der jetzigen Landesuniversität materiell ergänzend, aber auch ideell zu helfen.

So grüße ich namens der Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität in alter und enger Verbundenheit an diesem Jubiläum unsere Universität sehr herzlich.

Neben der Hilfe der Freundesvereinigung dauert aber auch die private Unterstützung durch heute noch existierende Gründer an. Beispielhaft nenne ich die Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft. Sie hat nicht nur seinerzeit ihr von Bürgern errichtetes und finanziertes zoologisches, ihr geologisch-paläontologisches, ihr mineralogisches Institut und ihre große naturwissenschaftliche Bibliothek in die Universität eingebracht, sondern sie stellt auch heute noch Jahr für Jahr mehr als 4000 Bände, d. h. fast die Hälfte aller Neuzugänge der Schwerpunktgebiete Biologie, Botanik und Zoologie der naturwissenschaftlichen Abteilung der Universitäts-Bibliothek zur Verfügung. Darüber hinaus unterstützt sie die Lehre durch die Betreuung von jährlich etwa 30 Doktoranden und 40 Diplomanden durch ihre Wissenschaftler, von denen 8 gleichzeitig an der Frankfurter Universität lehren. — So soll es bleiben.

Ich wünsche der Universität an diesem Festtag, daß ihr heutiger Träger, das Land Hessen, nicht nur angesichts der seit dem Gründungstage unvorstellbar gestiegenen Studentenzahl, sondern (Fortsetzung auf Seite 9)

Festakt in der Paulskirche

(Fortsetzung von Seite 8)

auch im Hinblick auf die erreichte hohe wissenschaftliche Reputation unserer Hochschule, die finanziellen Voraussetzungen für eine weitere gedeihliche Entwicklung schaffen kann. So freue ich mich über die Bereitschaft, die Herr Minister Gerhardt eben erklärt hat.

Aber wir Bürger wollen auch hierbei nicht nur immer mehr und mehr vom Staat verlangen, sondern auch über unsere steuerlichen Leistungen hinaus unseren Teil zur Lösung der Zukunftsaufgaben beitragen, wie dies die privaten Stifter unserer Universität mit der Gründung getan haben.

Wir haben daher, sehr geehrter Herr Präsident, der Universität als Jubiläumsgeschenk der Freundesvereinigung zusätzlich zu unseren laufenden jährlichen Zuwendungen einen Betrag von DM 500 000,— zur Verfügung gestellt, der für 5 besonders förderungswürdige Forschungsvorhaben mit je DM 100 000,— Verwendung finden soll.

Ich verbinde damit die Hoffnung auf eine gute weitere Entwicklung von Forschung und Lehre in unserer Stadt Frankfurt am Main.

Prof. Dr. Ingrid Deusinger, Mitglied des Vorstandes des Konvents

Als Mitglied des Konvents Vorstandes der Johann Wolfgang Goethe-Universität darf ich den Dank aussprechen an die Gründer dieser unserer Universität, an die Bürger dieser Stadt, die durch großzügige Stiftungen die Gründung und Entwicklung dieser Universität ermöglichten. Unseren Dank richte ich auch an die Nachfolger der Gründer, an das Land Hessen, an unsere Stadt, an alle Freunde und Förderer unserer Universität.

Wie geht es der Johann Wolfgang Goethe-Universität heute, nach 75 Jahren? Gestatten Sie mir eine kurze Analyse.

Für die Hochschulen der Bundesrepublik insgesamt — so zeigen sorgfältig erarbeitete Gutachten — haben sich die Bedingungen für Forschung, Lehre und Studium in den letzten 10 Jahren erheblich verschlechtert. Seit 1975 z. B. ist die Zahl der Studienanfänger um 48 Prozent gestiegen, die Gesamtzahl der Studierenden um 75 Prozent. Demgegenüber hat sich die Gesamtzahl der Personalstellen nicht erhöht, die der wissenschaftlichen Stellen wurde sogar verringert (vgl. Lüthje, Gutachten 1989, S. 1).

Eine veränderte Bildungspolitik heute — im Vergleich zur Zeit der Universitätsgründung — 1914 — führte schließlich dahin, daß 1988 27,4 Prozent des Altersjahrgangs das Abitur ablegten, in 1975 waren es 19,5 Prozent des Altersjahrgangs (Quelle: BMWB, vgl. Schlosser, Uni-report Jahrgang 22, Nr. 9, 25. 10 '89, S. 8).

Eine Gesellschaft, die entschlossen ist, ihre Bildungsreserven zu aktivieren, auch Frauen fördert, die breite Bildungschancen einräumt, welche, wie die Daten zeigen, genutzt werden, diese Gesellschaft muß die Bedingungen für ein Studium an den Hochschulen, die Bedingungen für Forschung und Lehre anpassen an die von ihr initiierten Veränderungen im Bildungsverhalten, die sich z. B. in der Anzahl der

Studienberechtigten und dem Ausmaß der Studiennachfrage niederschlagen.

In den vergangenen 15 Jahren — seit 1975 — wurde versäumt, die Ausstattung der Hochschulen an die veränderten Anforderungen anzupassen. Wie die neuesten Daten zeigen, wird der vielzitierte erwartete Rückgang der Studiennachfrage, der mit den geburtschwachen Jahrgängen verbunden wird, nicht eintreten. Argumente also, die, zusammengefaßt, dahin gehen, daß es sich an anderen Hochschulen nur um eine vorübergehende Durststrecke handele, danach jedoch — in den 90er Jahren — wieder alles besser werde, im Gleise sei, sich normalisiere, diese Argumente basieren auf einer Fehleinschätzung. Nach sorgfältigen Analysen wird der erwartete Rückgang der Studiennachfrage nicht eintreten.

Sonderprogramme sind äußerst wichtig — wir sind erfreut darüber und dafür dankbar —, ihre Auswirkungen aber können nur Erste-Hilfe-Leistungen sein, die vor dem Kollaps bewahren. Zur Gesundheit sind dauerhafte Maßnahmen zu ergreifen, Flickwerk ist durch systematische, an die Anforderungen der Realität planvoll angepaßte, dauerhafte Neuorganisation zu ersetzen. So brauchen Hochschulen z. B. dringend eine dauerhafte Verbesserung der regulären Personalausstattung.

Soweit zur Hochschulsituation im allgemeinen am Beispiel der Personalausstattung. Wie steht es im besonderen — an unserer Universität? —

Zur Zeit der Universitätsgründung — so wurde mir gesagt — gehörte unsere Universität zu den am besten ausgestatteten, sie soll — nach Berlin — sogar die zweitbest-ausgestattete Universität gewesen sein. Zur Gegenwart nun liegt mir nur ein Vergleich mit den Universitäten Hessens vor (ein Vergleich mit den Universitäten in Marburg, Gießen, Kassel und mit der Technischen Hochschule in Darmstadt). Als ein weiteres Beispiel nehme ich jetzt den Haushalt 1989 und betrachte Titel ATG 71 — Mittel für Sachaufwendungen für Forschung und Lehre —, hiermit werden Geräte, Bücher und Zeitschriften, Verbrauchsmaterialien etc. gekauft, Telefongebühren etc. bezahlt. Wenn man — um zu vergleichen — die zugewiesenen Mittel in Relation setzt zur Anzahl der an der betreffenden Universität Studierenden, so kommt bei Titel ATG 71 — Sachmittel für Forschung und Lehre — auf einen Studenten (die Bezeichnung Studenten steht für die Gruppe der Studierenden, die selbstverständlich ebenso weiblichen wie männlichen Geschlechts sein können) auf einen Studenten also pro Jahr in 1989

in Frankfurt ein Betrag von DM 593,
in Marburg¹⁾ ein Betrag von DM 940,
in Gießen ein Betrag von DM 791,
in Kassel ein Betrag von DM 871,
in Darmstadt ein Betrag von DM 880.

¹⁾ Marburg, eine etwa mit Frankfurt vergleichbare Universität.

Frankfurt ist — wie die Daten zeigen — mit Abstand die am ungünstigsten ausgestattete Universität Hessens.

Nimmt man nun den Haushaltsanteil Titel 42703 — Gelder für Wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutoren — und rechnet in derselben Weise die Relation aus von Ausstattungsumfang zur Anzahl der Studierenden, so steht pro Student pro Jahr in 1989

in Frankfurt ein Betrag von DM 289,
in Marburg ein Betrag von DM 425,
in Gießen ein Betrag von DM 319,
in Kassel ein Betrag von DM 260,
in Darmstadt ein Betrag von DM 320 zur Verfügung.

(Quelle: Haushalt Land Hessen; Mitteilung des Präsidenten Prof. Ring, vgl. Uni-Report 8. Nov. 1989, Jahrg. 22, Nr. 10, S. 1f.)

Zur Betreuung unserer Studenten durch wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutoren stehen danach in Frankfurt deutlich weniger Mittel zur Verfügung als in Marburg, weniger als in Gießen und Darmstadt.

Man kann über solche Ausstattungsvergleiche trefflich streiten. Lassen sich Gelder und Anzahl der Studierenden in dieser einfachen Weise zum Vergleich der jeweiligen Ausstattung in Relation setzen? Sind nicht etwa Gewichtungen einzuführen etc.? Wie auch immer man argumentieren mag, unzweifelhaft bleibt der Sachverhalt, daß unsere Universität in unserem Lande im Vergleich zu den anderen in den zurückliegenden Jahrzehnten ein „Stiefkind“ wurde, daß sie heute — bezogen auf ihre Ausstattung — zu den ärmsten im Lande gehört. Eine traurige Bilanz, meine Damen und Herren! — Ein kleiner Hoffnungsschimmer ist die von der Landesregierung in diesem Jahr erstmalig vorgenommene und für das nächste Jahr vorgesehene überproportionale Steigerung der Mittel. Wir sind darüber hochofret und dafür dankbar. Jedoch der Ihnen vorgetragene Ausstattungvergleich bezieht sich auf das Jahr 1989, die überproportionale Steigerung der Mittel also ist eingerechnet: Die materielle wie die personelle Ausstattung unserer Universität ist äußerst beklagenswert.

Ich bin überzeugt davon, meine Damen und Herren, daß diese Informationen verhältnismäßig abstrakt sind, daß sie die eigentlichen Schwierigkeiten und Belastungen nicht vermitteln können. Der Zustand unserer Universität kann vielleicht „in Augenschein“ genommen werden, wenn man die bauliche Substanz und die Raumausrüstung besichtigt. Gäbe es einen „Nicht-Schönheits-“ oder einen „Häßlichkeitswettbewerb“ unter den Universitäten, unsere Universität hätte leider wohl gute Chancen, einen der vorderen Plätze zu erreichen. Unter ästhetischen Gesichtspunkten betrachtet — die sicher nicht ohne Einfluß sind —, etwa

auf die Befindlichkeit, die Stimmung der dort Arbeitenden, auf ihre Tendenzen, sich an diesem Orte vielleicht freiwillig länger aufzuhalten als notwendig —, ein Gefühl der Zugehörigkeit zu entwickeln —, unter ästhetischen Gesichtspunkten betrachtet gehört unsere Universität zur Zeit wohl zu den häßlichsten Universitäten in der Bundesrepublik. — Pläne sind gezeichnet, die Verbesserungen vorsehen. —

Die Raumausrüstung unserer Universität ist völlig unzureichend. Das Institut für Psychologie z. B., dem ich angehöre, gestatten Sie mir dieses Beispiel, ist ein Institut von drei Instituten des Fachbereichs Psychologie, es gehört zu den ältesten Instituten dieser Universität, bestand schon vor Universitätsgründung; in ihm haben Gelehrte gearbeitet, die in die Geschichte unseres Faches eingegangen sind wie z. B. Marbe, Gelb, Schumann, Köhler, Koffka, Wertheimer, — das Institut für Psychologie ist empirisch-experimentell ausgerichtet und trägt die Ausbildung der Diplom-Psychologen, seit Jahrzehnten ein Numerus-clausus-Fach, dieses eine Institut ist an drei verschiedenen Orten in drei verschiedenen Straßen untergebracht: in der Mertonstraße, im Kettenhofweg und in der Georg-Voigt-Straße. Die Bibliothek ist auf verschiedene Orte verteilt. Je nachdem, was man lesen will, muß man sich da oder dort hinbegeben. —

Es bestehen z. B. Probleme baulicher Art bei der Neuanschaffung notwendiger Bücher: Sind die statischen Bedingungen in dem angemieteten Privathaus ausreichend für das Gewicht der Bücher? So sorgen wir uns. —

Zu diesem Problembereich gehört auch der fehlende Wohnraum für unsere Studierenden in unserer Stadt.

Am Herzen liegt mir ebenso, auf die bedrückende Situation unseres Hochschulnachwuchses hinzuweisen! In einigen Jahren sind aus Altersgründen zahlreiche Professorenstellen neu zu besetzen. Gegenwärtig jedoch verfügen wir kaum über Möglichkeiten, den qualifizierten Absolventen bezahlte Tätigkeiten zu vermitteln. Ausreichende Möglichkeiten zur produktiven Beschäftigung überbrückung einiger Jahre wären für unseren Nachwuchs zu finden; helfen Sie uns hierbei, damit er in ein paar Jahren der Universität zur Verfügung stehen kann, wenn aus Altersgründen zahlreiche Stellen mit qualifizierten Nachfolgern neu zu besetzen sind.

Es ist, so glaube ich, im Sinne der Gründer und Stifter dieser Uni-

versität, an ihrem 75. Geburtstag nach ihrem Ergehen zu forschen und ihre Notlage darzulegen, an einem solchen Tage nicht einfach über die Schatten hinwegzusehen. — Diese lebendige und so dynamische Stadt Frankfurt, die auch unter ästhetischen Gesichtspunkten wieder einen besonderen Rang einnimmt, hat vor 75 Jahren eine bis heute ebenso lebendige und produktive Universität gegründet — so zeigen z. B. die vielfältigen wissenschaftlichen Veröffentlichungen und der Stand der ausgebildeten Absolventen —, meine Damen und Herren — Ihre, unsere Universität braucht heute — wie vor 75 Jahren — viele Freunde und Förderer unter den Bürgern dieser Stadt ebenso wie in der Stadtverwaltung und in der Landesregierung. —

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Heinz Riesenhuber, Bundesminister für Forschung und Technologie

Es ist mir eine Ehre, die Glückwünsche der Bundesregierung zum 75. Geburtstag unserer Universität zu überbringen — es ist mir auch eine besondere persönliche Freude. Es ist schön, seiner eigenen Universität zum Geburtstag zu gratulieren, der Universität, wo man gelernt hat, was Wissenschaft ist: nicht im Katalog der Informationen, sondern in dem Geist, aus dem die Arbeit gestaltet worden ist von hervorragenden Lehrern und ausgezeichneten Forschern. Und es ist eine Zeit, wo das Denken geprägt wird für das Leben. Ich denke hier sehr gerne und mit Dankbarkeit zurück an das, was wir damals an großartigen Lehrern vor 35 Jahren hatten; an die Kraft des Humanen, die Herr Horkheimer vorgetragen hat in seiner Vorlesung über die Freiheit, an die Munterkeit im Experimentieren von Czerny, an die mathematische Eleganz, die Hartmann in der Physikalischen Chemie produziert hat, an die intellektuelle Brillanz von Adorno — dies alles erschließt einem in anderer Weise, was Wissenschaft ist, als die Vermittlung von Katalogen.

Nun wäre es hier sehr faszinierend aufzugreifen, was gesagt worden ist. Ich bin sehr beeindruckt von dem, was Frau Deusinger vorgetragen hat aus den konkreten Nöten und Problemen in diesen Tagen. Ich habe aber auch gehört, was Herr Minister Gerhardt aus seiner Verantwortung gesagt hat, über das, was das Land tun wird in den kommenden Jahren in seiner Verantwortung, um hier zu helfen und weiter zu entwickeln. Ich habe mit Respekt gehört, was Sie, Herr Präsident, für die Freunde und Förderer vorgetragen haben, dem Engagement, das wächst und das hilft.

Man kann jetzt hier darüber sprechen, was die Bundesregierung tut in ihrem Respekt vor der Verantwortung der Länder. Wir haben hier nur eine mittelbare Möglichkeit zu helfen. Aber von dem Zwei-Milliarden-Programm, das wir gemeinsam mit den Ländern durchführen, den Anstrengungen zur Linderung der Wohnungsnot der Studenten bis hin zu dem, was wir in unserer Verantwortung einbringen, wo wir können, zeigt sich: Wir sind uns der Probleme bewußt. Sie sind nicht einfach, wir werden sie nicht kurzfristig lösen, aber wir wissen, daß es eine sehr große Aufgabe für uns alle ist, das, was heute als Überlast verstanden wird, zu nutzen als eine der letzten Chancen, breite Jahrgänge tüchtiger junger Leute in die Wissenschaft zu bringen. (...)

75. Stiftungsfest

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
1914—1989

Ringvorlesung Wissenschaftsgeschichte seit 1900

14. Dezember 1989

Prof. Dr. Julius Schoeps, Duisburg
Die mißglückte Emanzipation
Zur Tragödie des deutsch-jüdischen Verhältnisses

★

11. Januar 1990

Prof. Dr. Hubert Markl, Bonn
Orientierung durch Wissenschaft oder Orientierung der
Wissenschaft

★

Die Veranstaltungen sind öffentlich und finden im
Hauptgebäude der Universität/Jügelhaus, Hörsaal VI, statt.
Sie beginnen jeweils um 18.00 Uhr.

Zur Geschichte der Universität Frankfurt am Main

Festvortrag von Prof. Dr. Notker Hammerstein bei der Jubiläumsfeier in der Paulskirche

Als in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre die Universität Frankfurt einen ungeahnten Aufschwung nahm, entsprach sie in vielem dem, was ihre Gründungsväter erstrebt und gewünscht hatten. Sie entwickelte dabei ein eigentümliches und höchst charakteristisches Gepräge, das sie unter den deutschen Universitäten unverwechselbar sein ließ. Durchaus in Übereinstimmung mit Vorstellungen Wilhelm Mertons und Franz Adickes' ging sie doch in vielem darüber hinaus, zu einem Zeitpunkt, als die junge, so reich bestiftete Universität knapp der Schließung entkommen war.

Die bemerkenswerte Inauguration der einzigen deutschen „Stiftungs-Universität“ — über die hier heute schon manches gesagt ist wie auch über deren Gründungsmotive — war auch in Berlin als interessante Möglichkeit akademischer Ausbildung, experimentierfreudiger und, da von Traditionen nicht belastet, neuerungsbereiter Ansatz begriffen worden. Carl Heinrich Becker, gemeinsam mit Oberbürgermeister Landmann und ab 1928 mit dem souveränen Kurator Kurt Riezler förderten daher das junge Institut nicht nur in den gewohnten Wissenschaften, sondern auch bei vielen, aus dem Rahmen fallenden Neuansätzen.

Dabei wirkten nicht nur die weit hin bekannten und noch heute existierenden Institute an der Universität mit — wie das für Sozialforschung, die der älteren Frankfurter Stiftungen, wie die Akademie der Arbeit, das (heutige) Frobenius-Institut —, sondern vor allen Dingen bestimmte Gelehrtengruppierungen in der Universität selbst.

In der Rechtswissenschaftlichen Fakultät wurden Möglichkeiten eines besseren, humaneren und sozialeren Rechts diskutiert, in der Philosophischen Fakultät gab es u. a. die sog. Georginen — neuartig ästhetisierende genialische Gelehrte —, in der Naturwissenschaftlichen Fakultät war das Mathematische Seminar fachlich wie hochschulpolitisch eine herausragende Einrichtung, hatte die Chemie — nicht zuletzt auch im Interesse umliegender Industrien — einen außergewöhnlichen Rang, siedelte die Psychologische Schule um Max Wertheimer, und in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät taten sich neben und noch vor der neuen Betriebswirtschaftslehre Vertreter der Soziologie, der Sozialpolitik, der Innen- und Außenpolitik in neuer Manier hervor. Die Nationalökonomien wirkten eng mit den Juristen zusammen, suchten gemeinsame Antworten auf brennende staatswissenschaftliche Probleme. Wenn in dieser Aufzählung die Medizinische Fakultät bisher nicht genannt wurde, so durfte sie doch als eine angesehene, international geachtete Gelehrtenkorporation gelten. Zwischen den Wissenschaftlern der einzelnen Fakultäten gab es vielerlei Verbindungen und gegenseitig befruchtende Diskussionen. Nicht zuletzt die wache, rege und ihrerseits so liberale Stadt nahm damals daran regen Anteil und bot einen vielfach interessierten und befeuernden Hintergrund.

Die häufig so schwierigen Probleme der Weimarer Republik in ihren vielschichtigen, hier nicht zu schildernden Facetten veranlaßten viele Gelehrte der Universität, nach wissenschaftlichen Antworten und möglichen Leitbildern zu suchen. Ob das von „linken“ Positionen wie im Umkreis der sog. Religiösen Sozialisten oder noch mehr linksaußen im Institut für Sozialforschung geschah, mehr im pragmatisch-liberalen, reformerischen Sinne wie im sog. Riezler-Kreis oder eher in konservativer Manier: allemal waren die Diskussionen wach, emphatisch und engagiert. Auch viele Studenten dürften davon erfaßt worden sein, die sich übrigens in Frankfurt weniger als andernorts in Korporationen organisierten, sondern — wenn sie sich überhaupt engagierten — gern auch in politischen oder intellektuellen Zirkeln umtrieben. Das Café Laumer steht beispielhaft für diese auch zwischen Lehrenden und Studierenden zwanglose, andernorts ungewohnt offene Umgangsform, die ihrerseits auf die unbeschwerte Jugendlichkeit der Anstalt und ihr liberales Selbstverständnis verwies. Gezielt suchte das Kuratorium — also die verantwortliche Leitung aus Stadt, Universität und Preußischem Kultusministerium — durch Berufungen diese günstige Konstellation zu festigen, ja noch zu verbessern. Wenn es auch Riezler nicht gelang, Ernst Cassirer oder Karl Vossler nach Frankfurt zu ziehen, so kamen doch Max Scheler — er starb freilich unerwartet rasch —, Paul Tillich, Franz Beyerle, Hermann Heller, Franz Volhard, Oscar Gans, Ernst Kantorowicz, Hans Jantzen, Carl Pribram, Karl Mannheim, und ergänzten den Lehrkörper, in dem Männer wie Victor Schmieden, Max Neisser, Walter F. Otto, Karl Reinhard, Julius von Braun, Karl Friedrich Bonhoeffer, Ernst Hellinger, Max Dehn, Wilhelm Gerlof, Josef Hellauer und viele weitere, den jeweiligen Fachleuten vertraute Gelehrte, wirkten.

In einem eigenen, die Fachgrenzen bewußt übergreifenden Kreis — dem sog. Riezler-Kreis — fanden sich besonders engagierte, kluge und demokratische Gelehrte zusammen, um generell über die Zukunft der Wissenschaften und Universitäten, speziell auch die der Frankfurter Hochschule nachzusinnen. Den Außenstehenden galten diese Männer — ein Kurator Riezler als die allmächtige Schaltstelle der Universität. Wenn das auch übertrieben war, bezeichnet es nicht ganz zu Unrecht das Gewicht, das diesem Kreis zukam, dessen Vorstellungen vielfach ins Preußische Kultusministerium hineinwirkten. Faszinierende Pläne wurden erörtert. So sollte nicht nur eine Gleichstellung aller Professoren innerhalb der Universität erreicht werden, es sollten auch die jeweiligen Begabungen sich zum Nutzen der Anstalt besser verwirklichen können. Man dachte an eine „Forschungs-Professoren“, denen andere, die vorab in der Lehre befriedigende Tätigkeit erblickten, zur Seite stehen sollten, ohne deswegen geringer angesehen zu sein. Der sog. „Odenwald-Plan“ umschrieb die Absicht, in aufgelassenen Schloßanlagen Stätten freier Tätigkeit, gelehrten Nachdenkens, interdisziplinärer Diskussionen einzurichten, die mit Stiftungsmitteln finanziert werden sollten. Noch weitergehender als etwa in den heutigen

Max-Planck-Instituten sollte dort zwangloses, freies Nachdenken und Forschen möglich, scheinbares Nichtstun angesehener Gelehrter gefördert werden und es ermöglichen, in eleganter Abgeschlossenheit bei zugleich bester geistiger Anregung Neues, Wichtiges zu entwickeln. Daneben bemühte sich dieser Kreis um eine entschiedene Besserstellung der vielfach notleidenden Privatdozenten und Nicht-Ordinarien, drängte Berlin, eine breite studentische Förderung in Angriff zu nehmen. Die unübersehbare Notlage vieler dieser Personen beinhaltet nicht nur die Gefahr politischer Radikalisierung, sondern treibe auch Raubbau mit den Kräften potentiellen wissenschaftlichen Nachwuchses.

Noch vieles ließe sich und müßte hier angefügt werden. Es bestätigte aber nur, daß die Frankfurter Universität der späten Weimarer Jahre ein eigentümliches, außergewöhnliches Gepräge innerhalb der deutschen Hochschulen aufwies. Im Grunde war es daher nur folgerichtig, daß die Nationalsozialisten nach der sog. Machtergreifung erwogen, diesen „jüdisch-marxistischen Laden“ zu schließen. Sie hatten ohnedies keine hohe Meinung von Gelehrsamkeit und Wissenschaften, schon gar nicht von „liberalistischen“, wie es in ihrem Jargon hieß. Wissenschaften entfremdeten dem Leben, züchteten blasse Intellektuelle und distanzierte Nicht-Aktivistinnen. Die Studentenzahlen hätten dementsprechend auf das unumgänglich Notwendige begrenzt, die Zahl der Universitäten müsse verringert werden.

Auch in Frankfurt war vor allem durch Studenten, wie überall in Deutschland, der Nationalsozialismus propagiert, gefördert und durchgesetzt worden. Zusammen mit einigen wenigen aktivistischen Lehrkräften — zumeist befanden sie sich nicht unter den Ordinarien —, dem SA-Hochschulamt und prominenten Nationalsozialisten Frankfurts und des Gaus, suchten sie rasch und effektivvoll die neue Herrschaftsauffassung durchzusetzen. Die Gleichschaltung ergriff selbstverständlich auch die Universität, die ebensowenig wie andere Institutionen bzw. die Mehrzahl der Bevölkerung sich fähig und geneigt erwies, dem braunen Terror Widerstand zu leisten.

Ein neuer Rektor als „Führer“ der Universität hatte die Anstalt gemäß den Unrechts-Gesetzen zu ordnen. Alle älteren, korporativ-freiheitlichen Einrichtungen, insbesondere die Beteiligung der Stifter im Kuratorium, aber auch Senat und großer Rat fielen dieser Gleichschaltung zum Opfer. Die neuen Männer in Stadt, Gau und Universität bemühten sich, nicht zuletzt im Hinblick auf die Gefahr der in Berlin erwogenen Schließung darum, möglichst rasch, entschieden und im Sinne der Nationalsozialisten erfolgreich die Universität zu säubern und neu zu ordnen. Gewiß gelang es ihnen während der 12 Jahre nicht — die vielfältigen Klagen der NS-Dozentenbundesführer belegen das —, die unzuverlässige „liberalistische“ Grundhaltung der verbliebenen Professoren zu ändern. Aber im Äußerlichen, in der brutalen Entlassung, Vertreibung und Verfolgung jüdischer und politisch mißliebiger Angehöriger der Universität — Lehrenden wie Studierenden — waren sie rasch erfolgreich. Von den Maßnahmen, die mit

Beginn des Sommersemesters 1933 infolge des sog. Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums durchgeführt wurden, war gut ein Drittel des Lehrkörpers betroffen. Bei den Studierenden war die Zahl entschieden geringer, aber auch hier gab es kein Entkommen oder Nachsicht.

Von diesem wahrhaft makabren Kapitel unserer Vergangenheit war nicht nur das Institut für Sozialforschung betroffen, das zum Teil schon vor der Machtergreifung emigriert war. Auch das Forschungsinstitut für Physikalische Grundlagen der Medizin, das Mathematische Seminar und eine ganze Reihe von Disziplinen erlebten damals einen nicht wiedergutzumachenden Einbruch. Einige medizinische Fächer blieben zunächst ohne Vertretung, schweren Schaden nahmen Chemie und Psychologie, in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät wurde der reformgeneigte Diskussionskreis zerschlagen, bei den Wirtschaftswissenschaften litt die Finanzwissenschaft, waren Außen- und Kolonialpolitik wie überhaupt die Staatswissenschaften in Verbindung mit der Nationalökonomie betroffen, ebenso wie Soziologie, Philosophie und die Religionswissenschaften. All das, was als Frankfurter Besonderheit gelten konnte, war zentral oder zum mindesten partiell-nachhaltig von diesen brutalen, nicht nur im Umkreis der Wissenschaften und der Gelehrsamkeit bisher so noch nie erfahrenen Gewaltmaßnahmen betroffen. Es bleibt eher erstaunlich, daß die Universität nach diesem barbarischen Schnitt überhaupt fortexistieren konnte! Sie tat es in sehr eingeschränkter Weise und in manchen Disziplinen nie mehr so wie während der späten zwanziger Jahre. Die Frankfurter Universität hatte ihren besonderen Charakter verloren. In vieler Hinsicht wurde sie den preußischen Universitäten wie alsbald denen im Gesamtreich gleichgeordnet, mit ihrer Sonderrolle nicht nur als Stiftungsuniversität war es hinfort vorbei.

Nun kann ich hier nicht auf noch so sprechende, interessante Einzelfälle eingehen, da muß ich auf die umfänglichere Darstellung verweisen. Ich kann nur erneut feststellen, wie befremdlich der Vorgang selbst dem späteren Beobachter erscheint, um es solcherart mild auszudrücken. Auch in Frankfurt — bei seiner liberalen, experimentierfreudigen, offenen, von vielen jüdischen Gelehrten mitgetragenen Grundhaltung — hat die Verfolgung fast zu keinerlei Gegenreaktion oder zur Solidarisierung mit den Verfolgten, zu Abwehrversuchen geführt. Gewiß gab es die rühmenswerte, empörte Reaktion Karl Reinhardts, kamen viele im stillen vorgenommenen oder versuchte Hilfeleistungen für Betroffene vor. Insgesamt konnte aber auch hier unter Mitwirkung und offensichtlichen Wissen vieler verantwortlicher Handelnder dieser barbarische Bruch mit allen akademischen und bürgerlichen Vorstellungen vollzogen werden. Es kann auch kaum zum Trost reichen, daß Frankfurt mit seinen neuen verantwortlichen Männern wie Rektor Platzhoff, Kurator Wisser, Oberbürgermeister Krebs verglichen mit den Verhältnissen an Universitäten wie Heidelberg, Tübingen, Berlin, Jena oder Königsberg — um nur diese Beispiele zu nennen — noch relativ qualitäts- und verantwortungsbewußte „Führer“ hatte. Das weniger bornierte und unrechtmäßige Handeln als andernorts wird dadurch nicht schon zum rechtmäßigen und einwandfreien!

Nicht nur der Gedanke des Rechtsstaates war durch die

neuen Maßnahmen von Anfang an grundsätzlich verletzt, es trifft zu, was kürzlich Franz Wieacker im Blick auf die deutschen Universitäten formulierte: „Das innerste Lebensgesetz einer Hochschule berührt aber der Vorwurf, sie habe die Solidarität der Kooperation gegenüber ihren verfeindeten und verfolgten Mitgliedern aufgekündigt: Er ist es, der eine noch tiefere Schädigung anzeigt als die äußeren Verheerungen durch die nationalsozialistische Hochschulpolitik.“ In der Tat versagte hierin die Universität als Institution ebenso wie die Wissenschaften und ihre Vertreter mit ihrem Anspruch auf von Wahrhaftigkeit geleiteter Selbstbestimmung, auf wahrheitsverpflichtete Unabhängigkeit, geistlich-wissenschaftliche Führung — ein Versagen, das sich bitter rächen sollte.

Es war das zwar weniger ein Versagen vielleicht der Wissenschaften als vielmehr der Wissenschaftler, der Menschen in der Universität, die sich ganz analog wie die meisten Deutschen verhielten.

Es tröstet da nicht, festzustellen, daß andererseits genuine, sog. NS-Wissenschaften — man rechnete dazu Wehrwissenschaften, Vor- und Frühgeschichte, auch deutsche Volkskunde und Biologie — im allgemeinen keinen im Sinne der NS-Ideologie bleibenden Erfolg zeitigten. Sie verkümmerten während des Dritten Reichs meist zu propädeutisch-ungeliebten Allgemeinkursen. Nur im Fall der Rassenkunde war das anders. Gerade hier in Frankfurt wurde ein großes Institut gegründet, das sich durchaus der neuen Ideologie zur Verfügung stellte, wenngleich es in seinen wissenschaftlichen Überlegungen der Zeit als seriös galt — selbst im internationalen Maßstab. Wissenschaftsgläubigkeit, politische Naivität, ja Desinteresse, mangelnde politische Kultur — wie wir sagen —, unterentwickeltes ethisch-demokratisches Bewußtsein, ließen anstandslos die vermeintlichen Vorteile des Unrechtssystems im Interesse höherer Einsicht nutzen.

Nachdem es 1935 klar war, daß die Universität fortbestehen werde, und sie auch „judenfrei“, wie das hieß, gemacht worden war, bewegte sie sich bis zum Kriegsausbruch in vergleichsweise ruhigem Fahrwasser. Vermeintlich unpolitisch konnte sie sich der Ausbildung benötigter Akademiker widmen, erlebte keine spektakulären Vorfälle. Dem Interesse der neuen Machthaber entsprechend galten vor allem Naturwissenschaften, Medizin, aber auch Betriebswirtschaftslehre, in geringerem Maße auch Schulfächer als förderungswürdig, wenngleich insgesamt die Zulassungszahlen, eine wissenschaftliche Nachwuchsförderung oder gar Forschungsförderung niedrig gehalten wurden. Die Frankfurter Universität erlebte wie viele ihrer Schwesteranstalten einen relativ ruhigen Alltag im NS-Regime. Viele der nichtbetroffenen Gelehrten, die weiterhin hier wirkten, zogen sich in „innere Emigration“ zurück, gingen in ihrem „Elfenbeinturm“ möglichst unbedenklichen wissenschaftlichen Problemen nach, suchten — von wenigen Ausnahmen abgesehen — nicht aufzufallen. Die Wissenschaften konnten insoweit ihren vermeintlich ruhigen Gang nehmen, weswegen vielfach nach 1945 — und nicht ganz unberechtigt — davon ausgegangen wurde, daß sie weitgehend, so wie die Universität selbst, intakt geblieben seien. Schließlich gab es in Frankfurt kaum Berufungen überzeugter Nationalsozialisten, achteten die Fakultäten und der Rektor bis

(Fortsetzung Seite 11)

Zur Geschichte der Universität

(Fortsetzung von Seite 10)

weit in den Krieg hinein darauf, möglichst nur ausgewiesene und anerkannte Gelehrte zu fördern. Der Krieg brachte nicht nur weitere Einschränkungen, sondern auch manche Erleichterungen: Studentinnen wurden vermehrt zugelassen, die Aufsicht über die Anstalt war weniger hautnah, der Notwendigkeit von Nachwuchsförderung konnten sich selbst die NS-Machthaber nicht entziehen. Andererseits wurden ab 1943 viele Universitätsgebäude und -Institute Opfer der Bombenangriffe. Nur mühsam konnte bis zum Kriegsende der Lehrbetrieb aufrechterhalten werden, trotz der bis dahin erfolgten schweren Beschädigungen durch den Bombenkrieg. In Sachsenhausen wie im Kerngebiet waren über 60% der Gebäude zerstört!

Als bald nach dem Einmarsch der Amerikaner am Gründonnerstag 1945 begannen einige zurückgebliebene und unbelastete Professoren zusammen mit den neuen Männern in der Stadt die Möglichkeit einer Fortführung der Universität vorzubereiten. Zu Recht fürchteten sie, daß die Besatzungsmacht — gleichsam als Strafe für die Vertreibung so vieler jüdischer Gelehrter — die Frankfurter Universität geschlossenhalten wollen. Von zuständigen US-Offizieren wurde damals angedeutet, allenfalls eine Medical-School könne fortexistieren, vielleicht noch eine Abteilung für die Ausbildung eines demokratiebewußten Lehrernachwuchses. Da die meisten Gebäude ohnedies verwüstet seien — und darin dem geistigen Zustand Deutschlands entsprächen — müsse das als wahrscheinliche Lösung angesehen werden.

Auch jetzt wieder kann ich nur auf einige wenige, allgemeinere Ereignisse und Umstände verweisen, die die unmittelbare Nachkriegsgeschichte der Universität betreffen. Ich kann nicht die verheerenden äußeren Verhältnisse in Stadt und Land schildern, von der Entnazifizierungs-Problematik sprechen — übrigens hatte die Universität noch vor der Besatzungsmacht, und besser als sie, intern mit einer „Selbstreinigung“, einer Überprüfung der Lehrenden begonnen —, kann nicht die recht planlose, inkonsistente, ja widersprüchliche Hochschulpolitik der Amerikaner schildern. Für den heutigen Rahmen scheint es mir wichtiger, im speziellen Frankfurter Wiederbeginn die allgemeineren Fragen der Nachkriegs-Universität in den Vordergrund zu stellen.

Gewiß war es ein außergewöhnlicher Glücksfall, daß schon unmittelbar nach der Besetzung Frankfurts Männer vorhanden waren, die gegenüber der Besatzungsmacht energisch und glaubhaft die Notwendigkeit der Wiedereröffnung vertreten konnten. Ernst Beutler, Georg Homann — als erster Nachkriegsrektor konnte er schließlich im Februar 1946 die Universität eröffnen — Max Seddig, Willy Hartner, Heinz Sauer, wirkten in Denkschriften und Exposé gleichermaßen wie in persönlichen Verhandlungen und Wiederaufbauanstrengungen für ihr Ziel. Gemeinsam mit anderen Kollegen säuberten sie nicht nur den Lehrkörper — erneut hatte etwa ein Drittel der Dozenten auszuscheiden — sondern erstellten auch Listen möglicher Lehrveranstaltungen und Studiengängen. Zunächst mit Unterstützung der Stadt, zu Ende des Jahres auch mit der ersten amtierenden Großhessischen Regierung, mußten sie nicht nur diese

schwierigen und z. T. äußerst heiklen Probleme lösen, sondern darüber hinaus eine Antwort finden, wie die verlangte und notwendige Erneuerung der Universität auszusehen habe. Äußerst glücklich war es da, daß als bald Walter Hallstein und Helmut Coing aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrten, Franz Böhm nach kurzem Zwischenspiel als Kultusminister in Wiesbaden ebenso einem Ruf nach Frankfurt folgte wie Otto Vossler, Julius Schwietering und wenig später Hans Georg Gadamer. Sie erweiterten und stärkten entschieden den Kreis der unbescholtenen, von der Besatzungsmacht akzeptierten Männern, denen eine wiedereröffnete Universität anvertraut werden durfte. Bei aller Unterschiedenheit im einzelnen vermochte es Frankfurt insbesondere während der jeweils zweijährigen Rektoratszeit Hallsteins und Böhms grundlegende Weichenstellungen für die Entwicklung der eigenen wie insgesamt bald auch der gesamten westdeutschen Universitätsweltentwicklung zu treffen.

Neben der relativ rigiden, in Einzelfällen höchst problematischen Entnazifizierung stand nahezu gleichgewichtig der Versuch, seinerzeit Vertriebene wieder zurückzuholen sowie glaubhaft eine geistige Erneuerung in Gang zu setzen. Nur in wenigen Fällen gelang es allerdings, Emigranten zur Rückkehr zu bestimmen. Wie prägend und wichtig das für die weitere Entwicklung sein konnte, belegt der Verweis auf Oscar Gans, Fritz Neumark, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Heinrich Kronstein.

Dennoch: Die ältere Frankfurter Tradition wurde kaum mehr gekannt. Sie war schließlich 1933 abrupt gekappt worden und noch nicht einmal ein Drittel des Lehrkörpers wirkte seit der Weimarer Zeit in Frankfurt — und schon gar nicht in den führenden, hierfür zentralen Disziplinen. Allein von der Liberalität wußte man, fühlte sich ihr verpflichtet. Darüber hinaus war es jedoch schwer zu bestimmen, wie eine nunmehr „demokratische Universität“ auszusehen habe. Folgerichtig gerieten Professoren und Landesregierung darüber mehrfach in tiefgreifenden Streit — und auch das Parlament.

Den meisten — und nicht nur in Frankfurt — schien es sinnvoll und notwendig zugleich, an bekannte, ältere, unbestrittene wandfreie und ethisch wie geistig-kulturell herausragende Ideen und Traditionen anzuknüpfen. Der Nationalsozialismus hatte sich ja allenfalls in pervertierender Weise auf solche deutsche Traditionen — wie sie in Klassik und Romantik, im deutschen Idealismus, in der preußischen Reformzeit, auch bei Leibniz oder Luther vorhanden waren — berufen können. Mit diesem Pfunde sollte nun gewuchert werden, eine allgemeine Propädeutik in diesem versittlichendem Themenkreis allen Studierenden obligatorisch sein, also eine Art „studium generale“ eingeführt werden.

Im Falle Frankfurts wurde ferner daran gedacht, durch die Errichtung theologischer Fakultäten eine bisher fehlende — wie man meinte — ethische, christlich verankerte Wissenschaftlichkeit zu garantieren. Schon aus rein äußerlichen Gründen war das aber nicht möglich. Ähnlich jedoch wie bei den Vorstellungen, mittels Natur- und Völkerrecht, mittels Philosophie oder gereinigter Neuerer Geschichte zu mehr Demokratie zu erziehen, erwies es

sich rasch, daß die erhoffte Um-erziehung solcherart auch zu wenig tiefgreifend und wirkungsvoll bleiben mußte. Hinter sozusagen die Vorstellungen der Gründungsväter zurückzugehen, konnte dauerhaft nicht helfen. So suchte man rasch auch im Meinungsaustausch mit anderen, wiedereröffneten Universitäten — überörtliche Rektorenkonferenzen, Konferenzen zwischen Ministerialbeamten und Hochschulen entstanden vielfach unter maßgeblichem Einfluß Hallsteins — einen breiten Konsens über diese Erneuerung zu erzielen. Alle waren sie sich darin einig, nur: wie sich das im einzelnen gestalten sollte, blieb vielfach mehr als undeutlich.

Man stimmte nur darin überein, daß die akademische Selbstverwaltung, die Freiheit der Wissenschaften vom Staat, von politischer Beeinflussung zentral seien, eine versuchte Indienahme — wie während des Dritten Reiches — entschieden zu vermeiden sei. Gewohnte Senats- und Rektoratsverfassungen hätten ihrerseits Freiheit und demokratische Ausgewogenheit zu sichern. Studentische Mitbestimmung hingegen, politische Betätigung der Studierenden könne nicht gewagt werden. Auch die Besatzungsmacht untersagte das übrigens, schätzten alle doch die Gefahren sehr hoch ein, die eine unter nationalsozialistischer Herrschaft erzogene Generation

darstelle. Auch erinnerten sich viele an die verhängnisvolle Rolle der Studentenschaft vor und während der Gleichschaltung im Dritten Reich. Erst in den 50er Jahren änderte sich diese Haltung, ohne daß jedoch das insgesamt problematische Vermächtnis entkräftet worden wäre. Das galt auch für andere Teilbereiche der Universität, die Nicht- und Extraordinarien — zunächst numerisch freilich zu vernachlässigen —, die wissenschaftlichen Mitarbeiter, die inneruniversitären Abstufungen. Dem Wunsch der Besatzungsmacht entsprach es, in der Inkorporation politischer Wissenschaften eine weiteres, Demokratie stütztes solldendes Element der Universität einzubauen. Was freilich das bedeuten und wie das funktionieren sollte, begriff kaum jemand so recht, genauso wenig wie den Vorwurf, den vor allem angelsächsische Universitätsoffiziere und Universitätsbeobachter erhoben, die deutschen Universitäten seien zu wenig offen, zu undemokratisch, zu hierarchisch strukturiert, von zu alten Professoren beherrscht. Die mangelnde Erfahrung einer freien demokratischen Gesellschaft konnten Regierung, Parlament, Professoren wie Studenten kaum andere Lösungen auf dem Weg zu einem demokratischen Staatswesen finden lassen als die, die sie in hoher ethischer Verantwortung, wissenschaftlichem Ernst, im Rückgriff auf bewährte Traditionen wählten. Man war sich einig in der Verurteilung der NS-Zeit wie auch darin, daß nicht zuletzt mit den Mitteln der Uni-

versitäten — also den Wissenschaften ein Rückfall in solche Barbarei dauerhaft vermieden und ein geistiger Neuanfang gemacht werden müsse.

Auch hier kann ich nicht näher auf die weitere Entwicklung eingehen, kann nur versuchen, in einem zusammenfassenden Ausblick auf wichtige Tendenzen dieser Entwicklung hinzuweisen. Die allgemeine Notsituation, die Notwendigkeit, der nachdrängenden Generation vertretbare Studienbedingungen zu schaffen, ließen ab den 50er Jahren ebenso wie die Gewöhnung an die größeren Freiräume, die die Westalliierten im Zeichen der Weltkonfrontation der jungen Bundesrepublik beließen, die Erneuerungsdiskussionen erlahmen, ja vergessen. Viele jüngere Gelehrte wurden zunehmend berufen — freilich auch eine Reihe seinerzeit Be- und nunmehr im Wiedergutmachungsgesetz Entlasteter — und sie alle nahmen in Anspruch, Erben der großen deutschen Universitätstradition zu sein. Auch die Frankfurter Universität verstand sich als wiederfunktionierende akademische Korporation, die Wichtiges zum Wiederaufbau des zerstörten Deutschland beigetragen hatte.

Ebenso wie die restlichen bundesrepublikanischen Universitäten beanspruchte sie in vielen Gebieten geistig führend zu sein, stillbildend zu wirken. Das akademische Leben „normalisierte“ sich — stellenweise bis zur Routine —, litt aber weiterhin unter ständig steigenden Zahlen, denen der Ausbau an Lehrstellen und Gebäuden nie nachkam. Insofern war es nur folgerichtig, daß die Stadt ihre Stiftung 1967 ans Land abtrat, überstiegen doch schon seit geraumer Zeit die Finanznotwendigkeiten einer modernen Universität kommunale Möglichkeiten.

Der rasche Ausbau der Universität vermehrte andererseits nicht nur die internen Reibungsflächen, sondern ließ zunehmend die mögliche Brüchigkeit auch akademischer Institutionen vergessen, und er überdeckte den Umstand, daß zumindest die institutionelle, die inneruniversitäre Neuordnung nur ansatzweise versucht, daß sie eigentlich steckengeblieben war. Selbstbewußtsein der Korporation freier Gleicher — der Ordinarien —, wissenschaftlich herausragende Leistungen einiger Gelehrter schienen die Institution insgesamt zu adeln, sie wie im Kaiserreich als hehre universitas literarum erscheinen, unbeschadet mancher warnender, skeptischer Stimmen. Der sich bereits länger abzeichnende Einbruch der sogenannten Studentenrevolte — in Frankfurt nach Berlin besonders heftig und effektiv — führte zu einem schmerzhaften Erwachen aus scheinbar gesicherten, allein qualitätsverpflichteten, freiheitlichen Traditionen, wie auch zu vorschnellen Antworten, wozu ich durchaus manche gesetzgeberische Maßnahme rechne, die selbst im Blick auf die relativ kurze Zeitspanne der Frankfurter Universitätsgeschichte wenig Verständnis für eine sinnvolle Ordnung wissenschaftlicher Tätigkeit verrieten. Noch mehr aber zeigte damals der gegenseitige Umgang miteinander, wie wenig die Universitätsmitglieder vom freien, offenen, pragmatischen und demokratischen Verhalten und Diskutieren begriffen hatten und zu praktizieren bereit waren. Das ältere deutsche Erbstück — unbedingtes und existentielles Denken — überwog, noch immer war ein zentrales Stück demokratischen Verhaltens unverstanden geblieben. Die Aufgaben, die sich seinerzeit der Riezler-Kreis gesetzt hatte, standen — und stehen vielfach — nach wie vor zu lösen.

**Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
Symposium**

„Die (mindestens) zwei Sozialwissenschaften in Frankfurt und ihre Geschichte“

Aula der Universität, Montag, 11. — Dienstag, 12. 12. 1989

Programm

Montag 14—18 Uhr:
Überblicksdarstellungen, die Anfänge und die Weimarer Zeit

Heinz Steinert Die fünfte Fakultät: Strömungen in der Geschichte der Sozialwissenschaften an der Universität Frankfurt

Wolfgang Glatzer Die deutschen Soziologen und ihre Gesellschaft — am Beispiel ausgewählter Soziologentage in Frankfurt

Dieter Haselbach Franz Oppenheimer

Ulf Matthiesen Kontrastierungen / Kooperationen. Karl Mannheim in Frankfurt 1930—33

George Fischer Paul Massing und Hans Gerth

Claudia Honegger Die ersten Soziologinnen in Frankfurt

18.30 Uhr:
Überreichung der Promotionsurkunde an Nina Rubinstein.
Laudationes: David Kettler — Iring Fetscher

Dienstag 10—13 Uhr: NS-Zeit und Restauration

Carsten Klingemann Die Sozialwissenschaften in Frankfurt während der NS-Zeit

Heinz Brakemeier Die Wiedereinrichtung der Sozialwissenschaften in Frankfurt nach 1945

Alex Demirovic Der Lehrbetrieb des Instituts für Sozialforschung ab 1950

14—17 Uhr:
Politologie, Psychoanalyse und der Übergang zum Fachbereich

Herfried Münkler Politikwissenschaft in Frankfurt

Carola Brede/ Alfred Krovzoa Psychoanalyse und Soziologie in Frankfurt

Ludwig Voegelin Die Folgen der Studentenbewegung und der Übergang zum Fachbereich

20 Uhr Podiumsdiskussion:
Die Aufgaben der Sozialwissenschaften heute, zumal in Frankfurt

Gerd Fleischman (Fb 2), Ekkehart Krippendorff (Berlin), Alfred Krovzoa (Sigmund-Freud-Institut), Klaus Lüderssen (Fb 1), Klaus Meschkat (Hannover), Vertreter/in der Fachschaft des Fb 3.

Stiefkind Geisteswissenschaften

Nach verschiedenen Presseerklärungen ist unserem Wissenschaftsminister Dr. Gerhardt „die Stärkung und Förderung der Geisteswissenschaften an den hessischen Universitäten besonders wichtig“. Es mag Teilbereiche geben, wo diese Aussage zutrifft, im großen und ganzen werden die (engeren) Geisteswissenschaften jedoch kräftig diskriminiert.

In Hessen gibt es ein sogenanntes Überlastprogramm mit einem Volumen von derzeit rd. 14 Mio DM p.a., mit dem besonders überlasteten Fachbereichen geholfen werden soll. An Überlast ist an der Uni Frankfurt kein Mangel. Die letzte Berechnung des Präsidenten für das WS 88/89 erbrachte die in der nebenstehenden Graphik dargestellte Reihung. Es handelt sich dabei um eine Summierung der Anfänger- und der Regelstudienzeitüberlast in Prozent, d. h., die absolute Überlast ist bei gleichem Prozentsatz bei großen Fachbereichen größer als bei kleinen.

Das Ministerium berechnet jedoch zur Verteilung dieser Mittel schon seit Jahren eine Überlast nur für die Fachbereiche 2 (Wirtschaftswissenschaften) und 20 (Informatik). Erst hier an der Universität Frankfurt wurden diese von den Wirtschaftswissenschaften und der Informatik attrahierten Mittel vom Ständigen Haushaltsausschuß auch an die anderen Überlastfachbereiche verteilt. Erstmals in diesem Jahr gab es eine zusätzliche pauschale Zuweisung für außergewöhnliche Belastungen (ca. 0,5 Mio), wohl eine Folge der Studentenproteste des letzten Wintersemesters.

Wir hielten diese unvollständige Berechnung des Ministeriums bisher für ein Versehen und haben in der Hoffnung auf Änderung auch mehrfach darauf hingewiesen. Jetzt aber hat es sich herausgestellt, daß das Methode hat, denn auf einer der letzten Haushaltsausschusssitzungen erwähnte unser Präsident, daß „das Hessische Ministerium Überlastmittel in den engeren geisteswissenschaftlichen Fachbereichen aus grundsätzlichen Erwägungen nicht als Überlast reserviert. Dieses Mülleimann-Programm werden die Geisteswissenschaften schlecht behandelt, denn nach den Vorgaben des Bund/Länderprogramms sind 80% dieser Mittel für die Studiengänge Betriebswirtschaftslehre und Informatik reserviert. Dieses Mülleimann-

Programm ist allerdings sowieso mehr oder weniger im Sande verlaufen: Für die Jahre 1990 und 1991 sind im hessischen Haushaltsplan nur noch die Bundesmittel in Höhe von 10,5 Mio DM enthalten. Der an sich gleich hohe Landesanteil gilt offensichtlich durch die allgemeine Haushaltserhöhung als erbracht. Abschließend noch ein Blick auf die Universität Frankfurt selbst. Bezieht man die den Fachbereichen jährlich zugewiesenen ATG 71-Mittel auf die Anzahl ihrer Professuren, dann ergeben sich sehr unterschiedliche Zahlen: Das Minimum liegt bei DM 7300,—, das Maximum bei DM 53 000,—. Wir haben große Zweifel, ob Beträge in der Größenordnung von DM 7300,— der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestausstattung der Professuren (§ 24[3] HHG) genügen, zumal da-

von auch noch die Kosten für die Infrastruktur der Fachbereiche zu finanzieren sind. Es sind durchweg geisteswissenschaftliche Fachbereiche (3, 4, 6, 10, 12, 18), die bei der ATG 71-Verteilung nicht einmal die Schwelle von DM 10 000,— pro Professur erreichen.

Der Vorstand
der UNIVERSITAS

Mangelnde Planung

Die Hochschulen finden in der Tagespresse immer wieder Beachtung, die Studentenzahl steigt und steigt, die Studiendauer wird immer länger und vieles mehr, und vor allem, es wird ständig über Geldmangel geklagt. Wenn ein erwerbswirtschaftliches Unternehmen so oft negativ in die Schlagzeilen geraten würde, dann wäre das ein sehr schlechtes Zeichen.

Einer der Gründe für diese offensichtliche Fehlentwicklung liegt bei der Aufstellung der Haushaltspläne durch das Ministerium. Hochschulhaushalte werden nicht etwa ausgehend von den erforderlichen Kosten entwickelt, sondern schlicht durch Fortschreibung der Vorjahresansätze, die, wenn überhaupt, im allgemeinen nur „wegen allgemeiner Preissteigerungen“ erhöht werden. Daß z. B. eine Hochschule, die besonders viele Studenten hat, auch eine höhere Mittelausstattung benötigt, solche selbstverständlichen Veranschlagungsprinzipien lassen sich aus den eigentlichen Hochschulhaushalten weder explizit noch implizit erkennen.

Eigentlich dürfte das nicht sein, denn im hessischen Hochschulrecht ist schon seit nahezu 20 Jahren vorgeschrieben, daß die Fachbereiche sogenannte Ausstattungspläne aufzustellen haben, die zentral zu einem Hochschulentwicklungsplan zusammenzufassen sind, in dem die

vorgesehene Entwicklung der Hochschule in Forschung, Lehre, Dienstleistung und Verwaltung darzustellen ist. Diese Pläne sind gem. § 24 des Hess. Hochschulgesetzes Grundlage für die Aufstellung des Haushaltsvoranschlages, für die Stellen- und Raumnutzung und für die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel. Obwohl ein solches Planungssystem rechtlich vorgeschrieben ist, gibt es keinen Hochschulentwicklungsplan und auch keine Ausstattungspläne. An der Entwicklung dieser Pläne wird auch nicht gearbeitet, und das Ministerium hat darauf zumindest in den letzten 10 Jahren auch nicht gedrungen. Das hat sicherlich auch einsichtige Gründe, denn natürlich würden die Hochschulen dazu neigen, elefantöse Ausstattungspläne aufzustellen, die weder finanzierbar noch vernünftig sind. Daraus jedoch die Konsequenz zu ziehen, das vorgegebene Planungsrecht einfach nicht anzuwenden, ist sicherlich falsch. Es bedürfte nur vernünftiger, an Forschung und Lehre ausgerichteter Kriterien, nach denen diese Pläne aufzustellen sind, und man hätte ein für alle Hochschulen vergleichbares und kostenverursachungsgerechtes Haushaltsplanungssystem.

Da auch das nicht praktiziert wird, muß man wohl annehmen, daß das Wissenschaftsministerium deswegen diese Angelegenheit dilatorisch behandelt, weil es fürchtet, mit einem solchen System in haushaltsmäßige Automatismen hineinzukommen, die politisch nicht gewollt sind. Fazit ist eine weitgehende Planlosigkeit, mit der es nicht einmal möglich ist, die knappen Ressourcen dorthin zu transportieren, wo sie den größten Nutzen stiften.

Diese nicht kostenverursachungsgerechte Veranschlagungspraxis hat nämlich bei den hessischen Hochschulen inzwischen zu außergewöhnlichen Divergenzen geführt. In 1990 betragen z. B. die Haushaltsausgaben pro Student in Marburg DM 17 851,— und in Frankfurt DM 10 691,—, siehe dazu auch die nebenstehende Graphik. Es gibt zwar einige sachliche Argumente, die diese Differenzen etwas reduzieren, die überwiegende Differenz ist aber ausschließlich einer mangelnden Haushaltsplanung zuzuschreiben.

Der Vorstand
der UNIVERSITAS

Personalversammlung

(Kernbereich)

Mittwoch, 6. Dezember 1989, 13.30 Uhr, Aula, Hauptgebäude

- Tagesordnung:** 1. Eröffnung und Begrüßung
2. Tätigkeitsbericht gem. § 45 HPVG
3. Aussprache zu Punkt 2
4. Verschiedenes

Gemäß den Bestimmungen des HPVG ist die Teilnahme an der Personalversammlung gleich Dienst-/Arbeitszeit. Dies gilt auch für halbtags Beschäftigte, die grundsätzlich vormittags arbeiten.

Studentenparlament unterstützt Reise

der Universidad de El Salvador sein. Die Delegation wird sich aus Personen aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zusammensetzen: Gewerkschaften, Gesundheitsgruppen, Kirchen etc.

Drei Mitglieder der AG Lateinamerika werden als Vertreter des StuPa der Johann Wolfgang Goethe-Universität an der Delegation teilnehmen.

Bereits im Wintersemester 88/89 kam erstmals die Idee auf, die Kontakte zur Universität von El Salvador zu intensivieren. Damals beantragte die AG Lateinamerika im StuPa die Finanzierung einer dreiwöchigen Reise nach El Salvador. Anlaß war die Aufforderung der UES (Universidad de El Salvador) an Student/inn/en, wissenschaftliche Angestellte und Dozent/inn/en in aller Welt, an einem internationalen Camp teilzunehmen. Von der internationalen Präsenz auf dem Campus erwartete sich die universitäre Gemeinschaft Schutz vor weiteren staatlichen Übergriffen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für die aktuelle Situation an der Universität und in der salvadorianischen Gesellschaft.

Nach wiederholten Festnahmen, Folterungen und Ermordungen von Student/inn/en, Dozent/inn/en und wissenschaftlichen Mitarbeitern stürmten am 23. 12. 50 Polizisten das Universitätsgelände und sprengten das Biologische Institut. Wenig später, am 2. 1. 89, wurde ein militärischer Ring um das Universitätsgelände gebildet, und an allen Ein- und Ausgängen wurden Personenkontrollen und Durchsuchungen durchgeführt.

Ungefähr zur selben Zeit ergriff die FMLN die politische Initiative und unterbreitete der Regierung Duarte einen Vorschlag anlässlich der bevorstehenden Wahlen am 19. 3. 89.

Die Guerilla erklärte sich bereit, die Wahlen nicht zu boykottieren und deren Ergebnis anzuerkennen.

wenn die Wahl um ein halbes Jahr verschoben würde, um die Bedingungen für einen demokratischen Verlauf zu schaffen. Dazu zählte die FMLN z. B. die Anwesenheit internationaler Beobachter, die Möglichkeit einer Teilnahme an der Wahl auch für die Vertriebenen in den Flüchtlingslagern und Waffenstillstand. Aufgrund dieser Situation hielten wir es für sinnvoll, gerade zu dieser Zeit — also kurz vor den zur Disposition stehenden Wahlen — am Camp teilzunehmen und damit einen Beitrag der Solidarität mit der UES und der salvadorianischen Gesellschaft zu leisten. Das damalige StuPa stimmte mit einfacher Mehrheit für die Finanzierung der Reise und empfahl der Delegation, eine Partnerschaft mit der UES anzustreben. Die AStA-Vorsitzende Silvia Ohde verweigerte ihre Unterschrift und damit die Auszahlung der Gelder. Dadurch konnte die Reise nicht stattfinden.

Mittlerweile hat sich die Situation in El Salvador weiter zespitzt: Nach dem „Wahlsieg“ der ARENA-Partei nahm die Repression zu. Die UES ist weiterhin militärisch belagert.

Die FMLN konnte ihre militärische Stärke weiter ausbauen und nahm Verhandlungen mit dem Regime in Mexiko auf. Forderungen bzw. Vorschläge sind: Waffenstillstand, eine gründliche Reform des Justizsystems, Verurteilung der Mörder von Erzbischof Romero, Ende der Repression, Einhaltung demokratischer Freiheiten und Wahlen. Wenn die Bedingung des Waffenstillstands erfüllt ist, will die Guerilla die ersten Schritte unternehmen, um sich wieder in das politische Leben einzugliedern.

Die UES ist Teil des gewerkschaftlichen Dachverbandes UNTS. Seit den 60er Jahren wurde mit der Universitätsreform verstärkt Arbeiter- und Bauernkindern das Studium ermöglicht. Dazu gehörte die Schaffung von Mensen, Wohnheimen und eines Büros, das sich der besonderen Schwierigkeiten, der vom Land kommenden Student/inn/en annahm.

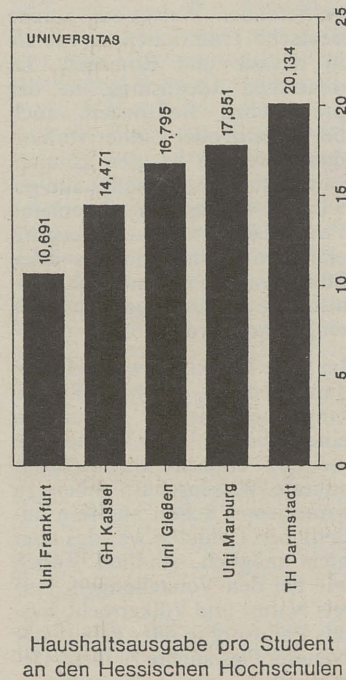
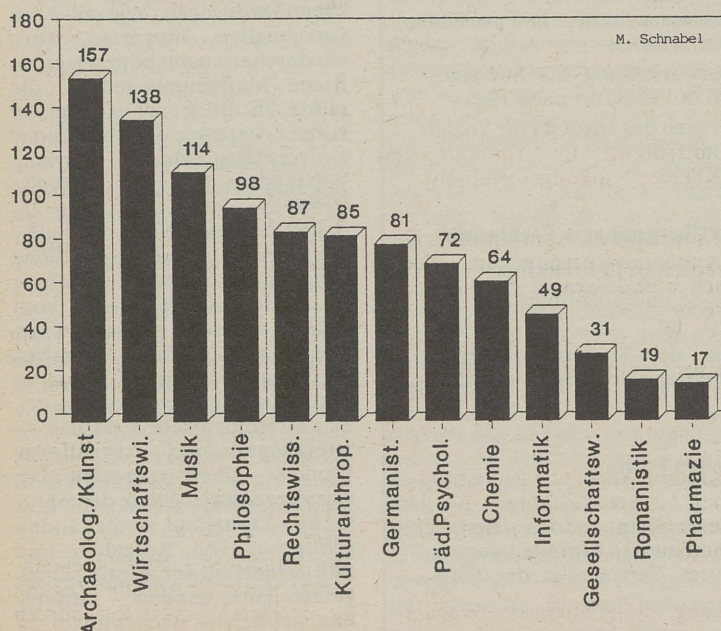
1972 griff das damalige Regime ein, besetzte das Universitätsgelände militärisch, inhaftierte alle, die sich auf dem Campus aufhielten und kündigte das gesamte akademische Personal.

Der Widerstand der Student/inn/en war heftig: Täglich kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen auf dem Campus. Schließlich mußten die Büros des schlecht qualifizierten und regierungstreuen Personals, das neu angestellt war, vom Universitätsgelände weg in die Stadt verlegt werden.

1978 errang die UES schließlich wieder ihre Autonomie. Viele politische und kulturelle Veranstaltungen der Volksbewegung fanden 1979/80 auf dem Campus statt. Dies führte zu einem erneuten Angriff am 26. 6. 1980. Viele Student/inn/en, die sich den Militärs in den Weg stellten, wurden

(Fortsetzung Seite 13)

Überlasttabelle des Präsidenten in %
JWG-Universität WS 1988/89



Haushaltsausgabe pro Student
an den Hessischen Hochschulen

Forschungsförderung

Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der DDR

Die Volkswagen-Stiftung möchte als private und unabhängige Einrichtung der Wissenschaftsförderung zur Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) und der Deutschen Demokratischen Republik und insbesondere zur Durchführung gemeinsamer Forschungsvorhaben beitragen. Über die Förderangebote in ihren einzelnen Schwerpunkten hinaus bietet die Stiftung in allen Fachgebieten und ohne thematische Vorgaben zusätzliche Möglichkeiten der Förderung für

— Gemeinsame Forschungsprojekte
— Arbeitstagungen und Symposien in bilateraler oder internationaler Trägerschaft

Fördermöglichkeiten
Gefördert werden können
● Gemeinsame Forschungsprojekte unter Einbezug von projektbezogenen Tagungen und Gastaufenthalten beim Partnerinstitut. Es können Mittel für alle Verwendungsarten einschließlich einmaliger Geräteausstattung bereitgestellt werden, allerdings keine Personalmittel für wissenschaftliche Einrichtungen in der DDR. In besonders begründeten Fällen können auch Mittel für die Vorbereitung ge-

Stupa unterstützt . . .
(Fortsetzung von Seite 12)

erschossen. Aus der UES wurde eine Militärgarnison. In den folgenden Jahren führte die UES als „Universität im Exil“ den Lehrbetrieb in gemieteten Räumen fort. 1984 gelang es der UES, den Campus aufs neue zu besiedeln. Freilich sind die Arbeitsbedingungen für die UES schwierig: Viele universitäre Einrichtungen und wissenschaftliche Geräte wurden durch die Besetzungen zerstört, das Erdbeben 1986 verschärfte das Problem noch mehr. Die Gelder, die der Universität zur Verfügung stehen, sind spärlich, denn der verfassungsmäßig garantierte Finanzhaushalt wird ihr seit geraumer Zeit von der Regierung verweigert. Dennoch geht die Arbeit der UES voran: Der Lehrplan wurde geändert, um das Projektstudium zu erweitern. Letzteres hat das Ziel, die Verflechtung zwischen Uni und Gesellschaft zu verdichten. Praktisch hat das zur Folge, daß viele Student/inn/en den Vormittag an der Universität verbringen und nachmittags in Kooperativen, Gewerkschaftsbüros und ähnlichen Institutionen mitarbeiten. Arbeitsschwerpunkte sind z. B. Gesundheitsaufklärung und die Verringerung der Analphabetenquote. Wir hoffen, durch die Reise nach El Salvador einen genaueren Einblick in die Arbeit der UES zu bekommen, um somit die Möglichkeiten einer solidarischen Unterstützung sowie die eines Austausches zwischen der Johann Wolfgang Goethe-Universität und der UES klarer bestimmen zu können. Fernziel soll auch ein Partnerschaftsvertrag sein, der den Austausch nicht nur von Student/inn/en, sondern auch von Dozent/inn/en ermöglicht und nicht nur mit studentischen Geldern finanziert wird.
AG LATEINAMERIKA

meinsamer Forschungsarbeiten beantragt werden.

● Arbeitstagungen und Symposien über ein abgegrenztes wissenschaftliches Thema, sofern sie von Wissenschaftlern beider Seiten in bilateraler oder internationaler Trägerschaft vorbereitet und in der DDR oder der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) durchgeführt werden. Es können Reise- und Aufenthaltskosten und im Einzelfall — bei entsprechender Begründung — auch Vorbereitungs- und Organisationskosten bewilligt werden. Ausgeschlossen sind Einzelförderungen zum Besuch von Tagungen/Kongressen. Gedacht ist an die Förderung von gemeinsamen Forschungsprojekten mit einer Laufzeit von in der Regel zwei bis drei Jahren. Der Stiftung ist eine Förderung über fünf Jahre hinaus nicht möglich. Bevorzugt gefördert werden Vorhaben, in denen Nachwuchswissenschaftler mitarbeiten.

Bei Arbeitstagungen und Symposien sollte der Teilnehmerkreis entsprechend der jeweiligen Thematik gezielt ausgewählt und — auch bei Beteiligung ausländischer Forscher und jüngerer Wissenschaftler — in der Regel auf 30 Teilnehmer begrenzt sein. Bei wechselseitigen Gastaufenthalten im Rahmen gemeinsamer Forschungsprojekte sollten die Kosten wie beim bilateralen Wissenschaftleraustausch üblich geregelt werden.

Die Stiftung sieht grundsätzlich davon ab, solche Kooperationsvorhaben zu fördern, die in Regierungsabkommen vereinbart worden sind, es sei denn, daß sie Schwerpunkten im Förderprogramm der Stiftung zugeordnet werden können. Die Volkswagen-Stiftung vergibt Fördermittel nur an Einrichtungen der Wissenschaft, nicht an Einzelpersonen. Sie kann Mittel direkt an wissenschaftliche Einrichtungen in der DDR bewilligen; auf Wunsch der Beteiligten kann aber auch das Partnerinstitut in der Bundesrepublik Deutschland die Verwaltung dieser Mittel übernehmen.

Antragstellung
Anträge können jederzeit schriftlich ohne weitere Formerfordernisse an die Geschäftsstelle der Volkswagen-Stiftung gerichtet werden. Sie sollten so abgefaßt sein, daß sie sowohl der Stiftung als auch den von ihr zu Rate gezogenen Gutachtern ein verständliches und für die Prüfung ausreichendes Bild des geplanten Vorhabens sowie der bestehenden Kontakte und der angestrebten Kooperation vermitteln. Es werden folgende Angaben erwartet:

- kurzer, möglichst aussagefähiger Titel des Vorhabens
- ausführliche Darstellung des Vorhabens und der beabsichtigten Zusammenarbeit mit begründetem Arbeits- und Zeitplan
- Aufgaben, bestehende Kontakte und Kooperationen der Institute
- beteiligte Wissenschaftler (einschl. wissenschaftlichem Werdegang, Publikationsliste)
- Kostenplan, gegliedert nach folgenden Positionen

- Einmalige Sachmittel, Geräte, sonstige einmalige Beschaffung (z. B. Literatur)
- Laufende Sachmittel, Reisekosten (mit Angaben zu Anzahl und Dauer der Aufenthalte), sonstige laufende Sachkosten (z. B. Verbrauchsmaterial)
- Personalmittel (nicht für wissenschaftliche Einrichtungen in der DDR)
- Der Kostenplan sollte für jedes Institut getrennt aufgestellt werden.

● Angaben über die Vorlage des Antrags oder thematisch verwandter Anträge bei anderen Förderinstitutionen.

Soweit es die in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) ansässigen Einrichtungen betrifft, wird erwartet, daß bei der Stiftung nur die unmittelbar für die Kooperation erforderlichen zusätzlichen Mittel beantragt werden.

Die beiliegende „Kurzinformation“ informiert über die Volkswagen-Stiftung und ihr Förderprogramm.

Für weitere Auskünfte steht die Geschäftsstelle der Volkswagen-Stiftung (Kastanienallee 35, D-3000 Hannover 81, Tel. 05 11 / 8 38 10) zur Verfügung.

Mallinckrodt Förderpreis Nuklearmedizin

Als wesentliches Kriterium für die Verleihung des Preises soll die Förderung des Fachgebietes Nuklearmedizin durch die vorgelegten Arbeiten gelten. Dabei ist der Preis für alle medizinischen und naturwissenschaftlichen Teildisziplinen offen, sofern über Erkenntnisse oder Anwendungsmöglichkeiten für radioaktive Isotope in der Medizin berichtet wird.

Entscheidendes Wertungskriterium soll der wissenschaftliche Rang der Arbeit sein. Ein strenges Alterslimit für Bewerbungen ist nicht vorgesehen, den Arbeiten jüngerer Einreicher soll jedoch der Vorrang eingeräumt werden gegenüber solchen von etablierten Wissenschaftlern, jeweils Gleichwertigkeit im wissenschaftlichen Rang vorausgesetzt. Einreichungsfähig sind sowohl unveröffentlichte Arbeiten als auch zur Veröffentlichung eingereichte wie auch bereits veröffentlichte Beiträge (innerhalb von 12 Monaten nach Annahmeerklärung durch den Verlag).

Teilnahmeberechtigt sind Autoren, die eine wissenschaftliche Arbeit im Sinne des Förderpreises überwiegend an einer Institution in der Bundesrepublik Deutschland erstellt haben. Die Mitarbeit ausländischer Autoren oder Arbeitsgruppen ist zulässig. Die Federführung muß jedoch beim deutschen Institut liegen.

Die Zuerkennung des Preises (ausgestattet mit 15 000 DM) soll in der Regel ungeteilt an eine Person erfolgen, bei einer Gruppe von Wissenschaftlern üblicherweise an die erste Person dieser Gruppe.

Ende der Ausschreibungsfrist: 2. Januar 1990 (Posteingang).

Einsendung der Arbeiten: An den Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Nuklearmedizin, Professor Dr. med. F. Wolf, Nuklearmedizinische Klinik mit Poliklinik der Universität, Krankenhausstraße 12, 8520 Erlangen.

Theater in der Uni

Studiobühne der Universität, Senckenberganlage 27 (Eingang neben dem Senckenberg-Museum) 9. und 16. Dezember, 20.30 Uhr:

Nicht Ich und Damals

von Samuel Beckett

CEPES Preis



CEPES — Vereinigung für Wirtschaftlichen Fortschritt e. V. wurde 1952 als „Comité Européen pour le Progrès Economique et Social“ gegründet. Sie wird getragen von Unternehmen und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft und Wissenschaft und dem öffentlichen Leben. Ziel von CEPES ist, die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu unterstützen und den Prinzipien des freien internationalen Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs Geltung zu verschaffen. Hierzu gehört auch eine liberale Wirtschaftspolitik der traditionellen Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern.

CEPES hat zur Förderung ihrer Ziele einen Preis gestiftet, der in Zusammenarbeit mit der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main verliehen wird.

Der „CEPES-Preis“ wird für herausragende Beiträge aus volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Sicht (zum Beispiel Diplomarbeiten, Dissertationen, Abhandlungen, Referate) ausgeschrieben. Dabei werden für das Jahr 1990 zwei Themenkreise festgelegt:

— Systembedingte Hindernisse für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Ost und West. (Dieses Thema wird auch in den Jahren 1991 und 1992 ausgeschrieben.)

— Umweltpolitik und Umweltschutz in der Unternehmensrechnung.

Der „CEPES-Preis“ ist dotiert mit DM 10 000. Er kann geteilt werden. Die Jury besteht aus Vertretern der Johann Wolfgang Goethe-Universität und der CEPES-Vereinigung für Wirtschaftlichen Fortschritt e. V. in Frankfurt am Main. Die Arbeiten sind in zweifacher Ausfertigung bis spätestens 15. 03. 1990 einzureichen bei dem Präsidenten der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt am Main II.

Auskunft über die Ausschreibungsbedingungen und weitere Hinweise gibt das Dekanat des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften. Telefon (069) 7 98-22 05.

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

CEPES — Vereinigung für Wirtschaftlichen Fortschritt e. V. Weißfrauenstraße 9 Telefon (069) 2 18-27 18 6000 Frankfurt am Main

6000 Frankfurt am Main

Promotionen zum Dr. jur. im Sommersemester 1989

Bassakou, Xanthi: Beiträge zur Analyse und Reform des Absehens von Strafe nach § 60 StGB

Beesch, Anna-Maria: Der vertragliche und außervertragliche Regelungsrahmen internationaler Rohstofftransporte zwischen Entwicklungs- und Industrieländern

Bendimir-Kahlo, Gabriele: Die „Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora“ (Washingtoner Artenschutzübereinkommen — WA)

Braun, Annette: Die kriminelle Gewässerverunreinigung (§ 324 StGB)

Ekkenga, Jens: Die Inhaltskontrolle von Franchise-Verträgen nach dem ABG-Gesetz und nach § 138 BGB

Jans, Sigrid: Die Aushöhlung des Klageerzwingungsverfahrens

Kiourtsoglou, Konstantinos: Der Know-how-Vertrag im deutschen und europäischen Kartellrecht

Kost, Hans-Jürgen: Verbindung und Trennung von Strafverfahren.

Kressin, Kurt: Die Einleitung eines Insolvenzverfahrens für Unternehmen — Ursachen, Zeitpunkte und Gründe

Lang, Jörg-Michael: Wechselrecht und Abstraktionsdogma

Meyer, Michael: Lenk- und Ruhezeiten im Straßenverkehr

Niederer, Andreas: Reproduktionsmedizinische Methoden zur Überwindung männlicher Infertilität im Spiegel des Rechts

Rachor, Frederik: Vorbeugende Straftatenbekämpfung und Kriminalakten

Rahn, Monika: Programmauftrag und Kartellrecht. Zu den Grundlagen und Grenzen der Kartellaufsicht im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Rausch, Jan-Dirk: Umwelt- und Planungsrecht im Bergbau

Schröder, Hans-Peter: Der sichere Weg bei der Vertragsgestaltung

Schuster, Stephan: Atypische Vertriebsformen im Recht der vertikalen Wettbewerbsbeschränkungen

Urban, Werner: „Vertrag“ mit Schutzwirkung zugunsten Dritter und Drittschadensliquidation

Weigel, Michael: Schriftformklauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen

von Wilmowsky, Peter: Gemeinsamer Markt für Abfälle? Zugang zu den natürlichen Ressourcen anderer Mitgliedstaaten

**Dienstag,
12. Dezember**

Peter Köhler, Wiesbaden:
Die „Entjudung“ der Kulturszene am Beispiel der Musik. Mit vielen Hörbeispielen von alten Schellackplatten
20.00 Uhr, Alfred-Delp-Haus, Beethovenstraße 28
— Veranstalter: Kath. Hochschulgemeinde

**Mittwoch,
13. Dezember**

Prof. Dr. Klaus Meyer-Minnewald, Hamburg:
Der Modernismus in Hispanoamerika
10.15 Uhr, Hörsaal H 16, Hörsaalgebäude
— Veranstalter: Institut für Romanische Sprachen und Literaturen (Lateinamerikanistik)

Prof. Dr. Manfred Bauer, Offenbach:
Entwicklung der psychiatrischen Versorgung nach Enquet und Expertenbericht
15.00 Uhr, Kapelle im Zentrum der Psychiatrie, Heinrich-Hoffmann-Straße 10, Frankfurt-Niederrad
— Veranstalter: Zentrum der Psychiatrie

Albert Bär, Wella AG, Darmstadt:
Design hat man, oder man hat es nicht.
16.00 Uhr, Hörsaal H 2, Hörsaalgebäude
— Veranstalter: Marketing zwischen Theorie und Praxis e. V.

Prof. Dr. Gerhard Goebel-Schilling, Frankfurt:
Literatur und Architektur im Barock
16.15 Uhr, Hörsaal I, Hörsaalgebäude
— Veranstalter: Universität des 3. Lebensalters

Prof. Dr. Juan Carlos Scannone, Argentinien:
Befreiungstheologische Ekklesiology und Anthropologie
16.15 Uhr, Hörsaal H 3, Hörsaalgebäude
— Veranstaltung im Rahmen der Stiftungsgastprofessur „Theologie Interkulturell“ zum Thema „Theologie der Befreiung in Lateinamerika“

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, MPI für Physik und Astrophysik, Garching:
Globale Probleme der Menschheit und die Verantwortung der Wissenschaftler
17.15 Uhr, Hörsaal für Angewandte Physik, Robert-Mayer-Straße 2-4
— Physikalisches Kolloquium

Neuropathologie, Agressionsmodelle
Moderation: Prof. Dr. med. J. P. Kaltwasser
1. Zur Neuropathologie der übertragbaren zerebralen Prozesse
Prof. Dr. W. Schlote, Neurologisches Institut (Edinger-Institut)
2. Agression — psychoanalytische Deutung von Freud bis heute
Prof. Dr. S. Mentzos, Abt. für Psychotherapie und Psychosomatik, Zentrum der Psychiatrie
17.30 Uhr, Hörsaal I, Zentralbau des Klinikums, Eingang 23A, Theodor-Stern-Kai 7
— Veranstalter: Frankfurter Medizinische Gesellschaft

Simone Witt, Frankfurt:
Chance oder Illusion, Frauen vom zweiten Bildungsweg berichten. Bildungsentscheidung in weiblichen Lebensentwürfen

Veranstaltungen

18.00 Uhr, Raum 2302, Turm (nur für Frauen!)
— Diskussionen zu Ergebnissen der Frauenforschung am Beispiel abgeschlossener Diplomarbeiten

Priv.-Doz Fritz Rahmeyer, Augsburg:
Evolutorische Ökonomie und technischer Wandel
18.30 Uhr, Alter Senatssaal, Hauptgebäude
— Veranstalter: Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Technikforschung und Institut für Polytechnik/Arbeitslehre, Fachschwerpunkt Ökonomie

Dr. Lorenz Rautenstrauch, Frankfurt:
Metropole Frankfurt? Sind die Stadt Frankfurt und ihr Umland tragfähig für eine Weltstadt?
19.00 Uhr, Geowissenschaftlicher Hörsaal, Senckenberganlage 34
— Veranstalter: Frankfurter Geographische Gesellschaft

Prof. Dr. Ludolf Schultz, MPI für Chemie, Mainz:
Meteorite von Mond und Mars
20.00 Uhr, Hörsaal des Physikalischen Vereins, Robert-Mayer-Straße 2-4
— Veranstalter: Physikalischer Verein Frankfurt

Filmclub:
Der kleine Horrorladen

20.00 Uhr, Friedrich-Dessauer-Haus, Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Straße 90
— Veranstalter: FDH-Wohnheimreferat

Dr. Rainer Bremer, Vreden:
Identität der Theorie als Kategorie der Rekonstruktion theoretischer Entwicklung — zum Verständnis des Horkheimerschen Denkens im Verhältnis zu Schopenhauer und Marx
20.15 Uhr, Raum 4, Dantestraße 4-6
— Veranstalter: Fachbereich Philosophie

Margarete Mitscherlich, Frankfurt:
Psychoanalyse und Feminismus — Widerspruch oder Ergänzung?
20.15 Uhr, Hörsaal H 1, Hörsaalgebäude
— Veranstalter: Institut für Psychoanalyse

**Donnerstag,
14. Dezember**

Andor Gomme, Cheshire/England:
English Towns in the Middle Ages and in the 18th Century
10.00 Uhr, Hörsaal, Kettenhofweg 130
— Veranstalter: Institut für England- und Amerikastudien

Prof. Dr. Wolfgang Roth, Bochum:

City Lights

Das neue Filmprojekt des Schöne Neue Welt e.V. & Pupille e.V., zum Thema Großstadt. Die Filmreihe CITY LIGHTS findet in der CAMERA, Gräfstraße 79, vom 17. 12. bis 30. 12. 1989 statt.

17. 12. **Sonntag/Vorfilm:** Inflation. H. Richter
20.15 **Berlin. Die Sinfonie einer Großstadt**
W. Ruttmann, D'27, 69 Min., stumm
- 22.30 **Der Mann mit der Kamera**
Dsga Wertow, UdSSR '29, 81 Min., stumm
18. 12. **Montag/Vorfilm:** Inflation ...
20.15 **Moderne Zeiten**
Charlie Chaplin, USA '36, 89 Min.
- 22.00 **Das gelobte Land**
Andrzej Wajda, Polen '75, 160 Min., O. m. U.
19. 12. **Dienstag/Vorfilm:** Paris Qui Dort. R. Clair, F'23
20.15 **Unter den Dächern von Paris**
René Clair, F'30, 92 Min., O. m. U.
- 22.30 **Die Potemkinsche Stadt**
M. Popp & Th. Bergmann, BRD '88, 90 Min.
20. 12. **Mittwoch/Vorfilm:** Zeitprobleme. S. Dudow, D'30
20.15 **Berlin Alexanderplatz**
Phil Jutzi, D'31, 88 Min.
- 22.30 **Samstagnacht mit Sonntagmorgen**
Karel Reisz, GB '60, 89 Min.
21. 12. **Donnerstag/Made in N. Y.** Wietz, BRD '73/74
20.15 **Die Faust im Nacken**
Elia Kazan, USA '54, 105 Min.
- 22.30 **Der Tag bricht an**
Marcel Carné, F'39, 87 Min., O. m. U.
22. 12. **Freitag/Vorfilm:** N. Y. Sleep For Saskia
P. Hutton, USA '72
20.15 **Lichter der Großstadt**
Charlie Chaplin, USA '31, 89 Min.
- 22.30 **Asphalt Cowboy**
J. Schlesinger, USA '68, 113 Min.
23. 12. **Samstag/Vorfilm:** BRDDR-Mauerbau Berlin 1980
L. Grote, I. Hoppe, BRD '81
20.15 **Los Olvidados**
Luis Buñuel, Mex. '50, 80 Min.
- 22.30 **Accattione**
P. P. Pasolini, Ital. '61, 120 Min.
24. 12. **Sonntag/Vorfilm:** N. Y. Portrait Chapter One
P. Hutton, USA '78
20.15 **Taxi Driver**
Martin Scorsese, USA '75, 114 Min.
- 22.30 **Karneval der Nacht**
M. Yamamoto, Jap. '82, 108 Min., O. m. engl. U.
(Weitere Filme im nächsten Uni-Report)

Sprache als Mittel nationaler Selbstfindung? Das Beispiel Brasilien
10.15 Uhr, Raum 101 (Blauer Salon), Sozialzentrum
— Veranstalter: Institut für Romanische Sprachen und Literaturen (Lateinamerikanistik)

Dr. Jörg Sydow, Berlin:
Unternehmenskultur als neues Managementkonzept
14.00 Uhr, Konferenzraum I/II, Bockenheimer Landstraße 121-125 (Alte Mensa)
— Veranstalter: Institut für Polytechnik/Arbeitslehre, Fachschwerpunkt Ökonomie

Dr. H. J. Scharpff, Wiesbaden:
Untersuchung und Sanierung der Altölraffinerie Pintsch, Hanau, als Beispiel für umweltbezogene Tätigkeit des Hydrogeologen
17.15 Uhr, Kleiner Hörsaal, Senckenberganlage 32
— Veranstalter: Geologisch-Paläontologisches Institut

Henning Schneider, Konstanz:
Die Verteilung identifizierter Synapsen im dendritischen Verzweigungsfeld von Motoneuronen bei Heuschrecken
17.15 Uhr, Seminarraum des Zoologischen Instituts, Siesmayerstraße 70
— Kolloquiumsreihe des Sonderforschungsbereiches 45

Prof. Dr. V. Röhl, Kassel:
Bevölkerungswachstum und regionale Bevölkerungsverteilung in Indonesien
19.00 Uhr, Geowissenschaftlicher Hörsaal, Senckenberganlage 34
— Veranstalter: Frankfurter Südostasien-Forum

Prof. Dr. Volker Klotz, Stuttgart:
Die Frankfurter Lokalposen von Karl Malls
20.00 Uhr, Hörsaal A, Hauptgebäude
— Veranstaltung im Rahmen der Seminarreihe „Mundart und Mundartliteratur im Rhein-Main-Gebiet vom Mittelalter bis zur Gegenwart“ unter der Leitung von Prof. Dr. Ernst E. Metzner

Weihnachtsfeier — Träume von einem neuen Leben
20.00 Uhr, Alfred-Delp-Haus, Beethovenstraße 28
— Veranstalter: Kath. Hochschulgemeinde

**Freitag,
15. Dezember**

Dr. G. Mieke, Frankfurt:
Neueste Forschungen zu Gursprachen Burkina Fasos
12.00 Uhr, Feldbergstraße 22
— Colloquium Linguisticum Africanum

Dr. Gerd Stüwe, Frankfurt:
Lebenslagen, Perspektiven und Identitätsfindung von Jungen und Mädchen aus Migrantenfamilien
14.00 Uhr, Raum 904, Turm
— Interkulturelles Kolloquium „Zur psychosozialen Lage von Migrantinnen in der Bundesrepublik“

Prof. Dr. Mario Benzi, Pisa:
Rhodos und die Ägäis der späteren Bronzezeit
17.15 Uhr, Raum 714, Archäologisches Institut, Gräfstraße 76
— Veranstaltung im Rahmen des Kolloquiums „Neue Funde und Forschungen“ des Archäologischen Instituts

2. Tuiskonenammerkonzert
19.30 Uhr, Tuiskonen-Haus, Schumannstraße 52
— Veranstalter: ATV Tuiskonia

Weihnachtsabend
20.15 Uhr, Ort: siehe Aushang „Verbindungsschaukästen“, Hauptgebäude
— Veranstalter: Verein Deutscher Studenten

**Montag,
18. Dezember**

Dr. Siegfried Becker, Marburg:
Holzfrevel als Protestform ländlicher Unterschichten im 19. Jahrhundert
14.15 Uhr, Raum 132, Sozialzentrum
— Veranstalter: Institut für Kultur- und Anthropologie

Prof. Hans Frede Nielsen, Odense:
Linguistic Traces by the Danes in England
16.00 Uhr, Hörsaal, Kettenhofweg 130
— Veranstalter: Institut für England- und Amerikastudien

Prof. Dr. Hans Oeschger, Bern:
Neuere Aspekte der Eiszeitenforschung
17.15 Uhr, Geowissenschaftlicher Hörsaal, Senckenberganlage 32-34
— Geowissenschaftliches Kolloquium

**Dienstag,
19. Dezember**

Prof. Dr. Reinier Vinken, Hannover:
Digitale geowissenschaftliche Karten
17.00 Uhr, Geowissenschaftlicher Hörsaal, Senckenberganlage 34
— Veranstalter: Institut für Physische Geographie

Elke Schleucher:
Energiehaushalt und Thermoregulation beim Diamanttäubchen
17.15 Uhr, Kleiner Hörsaal des Zoologischen Instituts, Siesmayerstraße 70
— Zoologisches Seminar/Hauskolloquium

Prof. Dr. Anthony Birley, Manchester:
Bataver und Tungren in Vindolanda. — Neue Briefe und Urkunden
17.15 Uhr, Raum 601, Gräfstraße 76
— Veranstalter: Seminar für Griechische und Römische Geschichte

**Mittwoch,
20. Dezember**

Prof. Dr. Carlos Rincón, Berlin:
Cultura y Literatura de la Independencia en América Latina
10.15 Uhr, Hörsaal H 16, Hörsaalgebäude
— Veranstalter: Institut für Romanische Sprachen und Literaturen (Lateinamerikanistik)

Dr. Volk, Frankfurt:
Schlaflabor — Stand der Forschung
15.00 Uhr, Kapelle im Zentrum der Psychiatrie, Heinrich-Hoffmann-Straße 10, Frankfurt-Niederrad
— Veranstalter: Zentrum der Psychiatrie

Prof. Dr. Juan Carlos Scannone, Argentinien:
Die Zukunft der Befreiungstheologie
16.15 Uhr, Hörsaal H 3, Hörsaalgebäude
— Veranstaltung im Rahmen der Stiftungsgastprofessur „Theologie Interkulturell“ zum Thema „Theologie der Befreiung in Lateinamerika“